

**BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH,
Frankfurt am Main
(die "Emittentin")**

**Endgültige Angebotsbedingungen Nr. 193
vom 5. Juni 2020**

**im Zusammenhang mit dem Basisprospekt vom 25. Juni 2019 zur Neuemission
sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des
Emissionsvolumens von Express Zertifikaten bezogen auf Indizes, Aktien, Metalle,
Terminkontrakte, Rohstoffe, börsennotierte Fondsanteile, nicht börsennotierte
Fondsanteile, Währungswechselkurse und/oder Referenzsätze sowie einen Korb
von Indizes, Aktien, Metallen, Terminkontrakten, Rohstoffen, börsennotierten
Fondsanteilen, nicht börsennotierten Fondsanteilen, Währungswechselkursen oder
Referenzsätzen**

zur Begebung von

**Memory Express (Airbag)
Zertifikaten**

(WKN: PZ9RJF / ISIN: DE000PZ9RJF6)

**bezogen auf
die Vinkulierte Namens-Stammaktie der Deutsche Lufthansa AG**

**unbedingt garantiert durch
BNP Paribas S.A.
Paris, Frankreich
(die "Garantin")**

und

**angeboten durch
BNP Paribas Arbitrage S.N.C.,
Paris, Frankreich
(die "Anbieterin")**

Dieses Dokument enthält die endgültigen Angaben zu den Wertpapieren und die Endgültigen Wertpapierbedingungen und stellt die Endgültigen Bedingungen des Angebotes von Memory Express (Airbag) Zertifikaten (Produkt 1 im Basisprospekt) bezogen auf eine Aktie (im Nachfolgenden auch als "Basiswert" bezeichnet) dar.

Die Wertpapierbedingungen für die betreffende Serie sind in einen Abschnitt A, Teil I (Produktspezifische Bedingungen), einen Abschnitt A, Teil II (Basiswertspezifische Bedingungen) und einen Abschnitt B (Allgemeine Bedingungen) aufgeteilt. Der Abschnitt A der Wertpapierbedingungen ist durch die nachfolgenden Endgültigen Bedingungen vervollständigt. Der Abschnitt B der Wertpapierbedingungen ist bereits vollständig im Basisprospekt im Abschnitt XIII. Wertpapierbedingungen aufgeführt.

Die Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG, geändert durch die Richtlinie 2010/73/EU, abgefasst. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit dem Basisprospekt vom 25. Juni 2019 (wie nachgetragen durch die Nachträge vom 3. September 2019, vom 10. Oktober 2019, vom 23. Dezember 2019 und vom 16. Mai 2020 einschließlich etwaiger zukünftiger Nachträge) und einschließlich der Dokumente, aus denen Angaben per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen werden, zu lesen.

Der vorgenannte Basisprospekt vom 25. Juni 2019, unter dem die in diesen Endgültigen Angebotsbedingungen beschriebenen Wertpapiere begeben werden, verliert am 29. Juni 2020 seine Gültigkeit. Ab diesem Zeitpunkt sind diese Endgültigen Angebotsbedingungen für diejenigen Wertpapiere, deren Laufzeit bis zum 29. Juni 2020 nicht beendet worden ist, im Zusammenhang mit dem jeweils aktuellen Basisprospekt der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, zur Neuemission sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des Emissionsvolumens von Express Zertifikaten zu lesen, der dem Basisprospekt vom 25. Juni 2019 nachfolgt.

Der jeweils aktuelle Basisprospekt der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, zur Neuemission sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des Emissionsvolumens von Express Zertifikaten wird auf der Internetseite der Emittentin unter www.derivate.bnpparibas.com/service/basisprospekte veröffentlicht.

Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung für die einzelne Emission angefügt.

Der Basisprospekt, die Dokumente, aus denen Angaben per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen werden, etwaige Nachträge zum Basisprospekt sowie die Endgültigen Bedingungen der Wertpapiere sind am Sitz der Emittentin, Europa-Allee 12, 60327 Frankfurt am Main kostenlos erhältlich und können auf der Internetseite www.derivate.bnpparibas.com/service/basisprospekte bzw. die Endgültigen Bedingungen auf der Internetseite www.derivate.bnpparibas.com/zertifikate abgerufen werden. Um sämtliche Angaben zu erhalten, ist der Basisprospekt einschließlich der Dokumente, aus denen Angaben per Verweis in diesen Basisprospekt einbezogen werden, und etwaiger Nachträge in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen. Soweit in diesem Dokument nicht anders definiert oder geregelt, haben die in diesem Dokument verwendeten Begriffe die ihnen im Basisprospekt zugewiesene Bedeutung.

Die Endgültigen Bedingungen stellen für die betreffende Serie von Wertpapieren die endgültigen Wertpapierbedingungen dar (die "Endgültigen Wertpapierbedingungen"). Sofern und soweit die im Basisprospekt enthaltenen Wertpapierbedingungen von den Endgültigen Wertpapierbedingungen abweichen, sind die Endgültigen Wertpapierbedingungen maßgeblich.

ANGABEN ÜBER DEN BASISWERT

Der den Wertpapieren zugewiesene Basiswert ist der Tabelle in den Wertpapierbedingungen (§ 1) zu entnehmen. Nachfolgender Tabelle sind der Basiswert sowie die öffentlich zugängliche Internetseite, auf der derzeit Angaben in Bezug auf die vergangene und künftige Wert- und Kursentwicklung des Basiswerts und dessen Volatilität abrufbar sind, zu entnehmen.

Basiswert	Internetseite
Vinkulierte Namens-Stammaktie der Deutsche Lufthansa AG; ISIN: DE0008232125; Bloomberg Code: LHA GY Equity	www.lufthansagroup.com

Die auf der Internetseite erhältlichen Informationen stellen Angaben Dritter dar. Die Emittentin hat diese Informationen keiner inhaltlichen Überprüfung unterzogen.

ENDGÜLTIGE WERTPAPIERBEDINGUNGEN

Der für die Wertpapiere geltende Abschnitt A, unterteilt in Teil I, §§ 1-4 (Produktspezifische Bedingungen) der Endgültigen Wertpapierbedingungen und Teil II, §§ 5 und 6 (Basiswertspezifische Bedingungen) der Endgültigen Wertpapierbedingungen ist nachfolgend aufgeführt. Der für die Wertpapiere geltende Abschnitt B der Endgültigen Wertpapierbedingungen ist dem Abschnitt B, §§ 7-14 (Allgemeine Bedingungen) der Wertpapierbedingungen des Basisprospekts zu entnehmen.

Abschnitt A, Teil I (Produktspezifische Bedingungen):

§ 1

Wertpapierrecht, Definitionen

(1) BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (die "**Emittentin**") gewährt jedem Inhaber (der "**Wertpapierinhaber**") eines **MEMORY EXPRESS (AIRBAG) Zertifikats** (das "**Wertpapier**" und zusammen die "**Wertpapiere**") bezogen auf den Basiswert (wie nachstehend definiert), das Recht (das "**Wertpapierrecht**"), von der Emittentin nach Maßgabe dieser Wertpapierbedingungen (i) die Zahlung des nachstehend in § 4 dargestellten Auszahlungsbetrags (der "**Auszahlungsbetrag**") bzw. die Lieferung des Physischen Basiswerts (die "**Lieferung**") am Fälligkeitstag gemäß § 1 und § 8 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) oder (ii) die Zahlung des nachstehend in § 3 dargestellten Vorzeitigen Auszahlungsbetrags (der "**Vorzeitige Auszahlungsbetrag**") und (iii) die Zahlung des nachstehend in § 2 dargestellten Zinsbetrages zu verlangen. Zahlungen werden in Euro ("**EUR**") (die "**Auszahlungswährung**") erfolgen. Die Wertpapiere sind eingeteilt in untereinander gleichberechtigte, auf den Inhaber lautende Wertpapiere im Nennwert von je EUR 100 (in Worten: Euro einhundert) (der "**Nennwert**").

(2) Im Sinne dieser Wertpapierbedingungen bedeutet:

"**Airbagschwelle**": ist 70 %.

"**Ausgabebetrag**": ist der 15. Juni 2020.

"**Automatischer Vorzeitiger Auszahlungstag**": ist jeder der in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesenen Automatischen Vorzeitigen Auszahlungstage (falls einer dieser Tage kein Bankgeschäftstag ist, der gemäß der Geschäftstagekonvention angepasste Tag).

"**Bankgeschäftstag**": ist

- (a) jeder Tag (außer Samstag und Sonntag), an dem die Banken in Frankfurt am Main, in Wien und die CBF für den allgemeinen Geschäftsbetrieb geöffnet sind, und
- (b) im Zusammenhang mit Zahlungsvorgängen in EUR jeder Tag (außer Samstag und Sonntag), an dem das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer-Zahlungssystem (TARGET-System) geöffnet ist.

"**Barriere**": ist die in der Referenzwährung ausgedrückte Barriere, die dem in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle angegebenen Prozentsatz des Startkurses entspricht und am Festlegungstag gemäß diesen Wertpapierbedingungen verbindlich festgelegt und auf der Internetseite derivate.bnpparibas.com veröffentlicht wird.

"**Barrieren-Ereignis**": ist das Ereignis, wenn der Referenzpreis die Barriere **unterschreitet**.

"**Basiswert**": ist der dem Wertpapier in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesene Basiswert.

"**Beobachtungskurs**": ist der an einem Bewertungstag bzw. an einem Zinsbewertungstag von der Referenzstelle als offizieller Schlusskurs festgestellte und veröffentlichte Kurs des Basiswerts.

"**Berechnungsstelle**": ist BNP Paribas Arbitrage S.N.C., 1 rue Laffitte, 75009 Paris, Frankreich.

"Bewertungstage": sind die in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesenen Bewertungstage.

Dabei entspricht der **"Finale Bewertungstag"** dem in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesenen Finalen Bewertungstag.

Wenn der Beobachtungskurs bzw. der Referenzpreis der offizielle Schlusskurs ist und der jeweilige Bewertungstag bzw. der Finale Bewertungstag kein Handelstag ist, gilt der unmittelbar nachfolgende Handelstag als der maßgebliche Bewertungstag bzw. der Finale Bewertungstag.

Im Falle einer Marktstörung im Sinne des § 6 wird ein Bewertungstag bzw. der Finale Bewertungstag **maximal** um acht Handelstage verschoben.

"Bezugsverhältnis": ist das als Dezimalzahl ausgedrückte Bezugsverhältnis, das bestimmt wird aus der Multiplikation (i) des Quotienten aus eins und der Airbagschwelle und (ii) des Quotienten aus dem Nennwert und dem Startkurs. Das Bezugsverhältnis wird am Festlegungstag gemäß diesen Wertpapierbedingungen ermittelt und auf der Internetseite derivate.bnpparibas.com veröffentlicht. Es wird gegebenenfalls auf die fünfte Nachkommastelle kaufmännisch gerundet.

"CBF": ist die Clearstream Banking AG Frankfurt (Mergenthalerallee 61, D-65760 Eschborn, Bundesrepublik Deutschland) oder ihre Nachfolgerin.

"Fälligkeitstag": ist der in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesene Fälligkeitstag (falls dieser Tag kein Bankgeschäftstag ist, der gemäß der Geschäftstagekonvention angepasste Tag).

"Festlegungstag": ist der dem Wertpapier in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesene Festlegungstag (bzw. falls dieser Tag kein Handelstag ist, der unmittelbar nachfolgende Handelstag).

Im Falle einer Marktstörung im Sinne des § 6 wird der Festlegungstag **maximal** um acht Handelstage verschoben.

"Handelstag": ist jeder Tag, an dem im Hinblick auf den Basiswert

- (a) die Referenzstelle und die Terminbörse für den regulären Handel geöffnet sind, und
- (b) der maßgebliche Kurs bzw. der offizielle Schlusskurs des Basiswerts bzw. der Referenzpreis durch die Referenzstelle festgestellt wird.

"Kaufmännische Rundung": ist der Vorgang des Abrundens oder Aufrundens. Wenn die Ziffer an der ersten wegfällenden Nachkommastelle eine 1, 2, 3 oder 4 ist, dann wird abgerundet. Ist die Ziffer an der ersten wegfällenden Nachkommastelle eine 5, 6, 7, 8 oder 9, dann wird aufgerundet.

"Physischer Basiswert": ist der dem Wertpapier zugewiesene Basiswert.

"Referenzpreis": ist der am Finalen Bewertungstag von der Referenzstelle als offizieller Schlusskurs festgestellte und veröffentlichte Kurs des Basiswerts.

Sollte der Referenzpreis am Finalen Bewertungstag nicht festgestellt werden und liegt keine Marktstörung gemäß § 6 vor, dann findet die für den Finalen Bewertungstag vorgesehene Regelung Anwendung.

"Referenzstelle": ist die in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle dem Basiswert zugewiesene Referenzstelle.

"Referenzwährung": ist die dem Basiswert in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesene Referenzwährung.

"Startkurs": ist der am Festlegungstag von der Referenzstelle als offizieller Schlusskurs festgestellte und veröffentlichte Kurs des Basiswerts.

Sollte der Startkurs an diesem Tag nicht festgestellt werden und liegt keine Marktstörung gemäß § 6 vor, dann findet die für den Festlegungstag vorgesehene Regelung Anwendung.

"Terminbörse": ist die in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle dem Basiswert zugewiesene Terminbörse.

"Verzinsungsbeginn": ist der Ausgabetag.

"Vorzeitiger Auszahlungslevel": ist der in der Referenzwährung ausgedrückte jeweilige Vorzeitige Auszahlungslevel, der dem in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle angegebenen Prozentsatz des Startkurses entspricht und am Festlegungstag gemäß diesen Wertpapierbedingungen verbindlich festgelegt und auf der Internetseite derivate.bnpparibas.com veröffentlicht wird.

"Zinsbetrag": Der Zinsbetrag entspricht dem in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle bestimmten festen Zinsbetrag je Wertpapier.

"Zinsbewertungstag": bezeichnet in Bezug auf jeden Zinszahlungstag den dem Wertpapier in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesenen Zinsbewertungstag.

Ist ein Zinsbewertungstag kein Handelstag, dann gilt der unmittelbar nachfolgende Handelstag als der maßgebliche Zinsbewertungstag.

Im Falle einer Marktstörung im Sinne des § 6 wird der Zinsbewertungstag **maximal** um acht Handelstage verschoben.

"Zinszahlungslevel": ist der in der Referenzwährung ausgedrückte Zinszahlungslevel, der dem in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle angegebenen Prozentsatz des Startkurses entspricht und am Festlegungstag gemäß diesen Wertpapierbedingungen verbindlich festgelegt und auf der Internetseite derivate.bnpparibas.com veröffentlicht wird.

"Zinszahlungstag": ist jeder der dem jeweiligen Wertpapier in der am Ende des § 1 stehenden Tabelle zugewiesenen Zinszahlungstage (falls einer dieser Tage kein Bankgeschäftstag ist, der gemäß der Geschäftstagekonvention angepasste Tag).

Tabelle am Ende des § 1 der Wertpapierbedingungen in Bezug auf den Basiswert und die Memory Express (Airbag) Zertifikate (bezogen auf einen Basiswert):

WKN und ISIN der Wertpapiere	WKN: PZ9RJF ISIN: DE000PZ9RJF6
Volumen*	30.000 Wertpapiere im Gesamtnennwert von EUR 3.000.000
Basiswert* ("Aktie" mit ISIN* und Bloomberg Code*)	Vinkulierte Namens-Stammaktie der Deutsche Lufthansa AG ISIN: DE0008232125 Bloomberg Code: LHA GY Equity
Typ	Memory Express (Airbag)
Referenzwährung*	EUR
Referenzstelle*	Deutsche Börse AG (XETRA)
Terminbörse**	EUREX
Festlegungstag*	8. Juni 2020
Vorzeitiger Auszahlungslevel* in Referenzwährung	100 % des Startkurses
Barriere* in Referenzwährung	70 % des Startkurses***
Bewertungstage*	8. Juni 2021 8. Juni 2022
Finaler Bewertungstag*	8. Juni 2023
Fälligkeitstag*	15. Juni 2023
Automatische Vorzeitige Auszahlungstage*	15. Juni 2021 15. Juni 2022
Zinsbewertungstage*	8. Juni 2021 8. Juni 2022 8. Juni 2023
Zinszahlungstage*	15. Juni 2021 15. Juni 2022 15. Juni 2023

Zinsbetrag	EUR 15,50 pro Wertpapier (dies entspricht 15,50 % des Nennwerts) (wobei ausgefallene Zinszahlungen ggfs. nachgeholt werden (Memory-Funktion))
Zinszahlungslevel* in Referenzwährung	70 % des Startkurses***

* Zur Klarstellung gelten alle Angaben vorbehaltlich der Bestimmungen zu Anpassungen bzw. der sonstigen Bestimmungen der Wertpapierbedingungen

** bzw. die jeweilige Hauptterminbörse, an der Termin- oder Optionskontrakte in Bezug auf den Basiswert gehandelt werden.

*** kaufmännisch gerundet auf zwei Nachkommastellen

Bei den verwendeten Abkürzungen für die jeweilige Währung handelt es sich (mit Ausnahme der Abkürzung "GBp", die für Britische Pence Sterling steht und wobei GBp 100 einem Britischen Pfund Sterling ("GBP" 1,00) entsprechen) um die offiziell verwendeten ISO-Währungskürzel. ISO = International Organization for Standardization; Währungskürzel zurzeit auch auf der Internetseite: <http://publications.europa.eu/code/de/de-5000700.htm>.

§ 2 Verzinsung, Geschäftstagekonvention

(1) Zinszahlungstage

Die Wertpapiere werden, vorbehaltlich einer automatischen vorzeitigen Auszahlung gemäß § 3, bezogen auf den Nennwert ab einschließlich dem Verzinsungsbeginn bis ausschließlich zum ersten Zinszahlungstag und danach ab einschließlich jedem Zinszahlungstag bis ausschließlich zum unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag verzinst. Die Wertpapiere werden gemäß den nachfolgenden Bestimmungen durch Zahlung des nachfolgend bestimmten Zinsbetrags je Wertpapier an dem jeweiligen Zinszahlungstag verzinst. Zinsen auf die Wertpapiere sind in Bezug auf einen Zinszahlungstag nachträglich am jeweiligen Zinszahlungstag fällig.

Im Fall einer automatischen vorzeitigen Auszahlung erfolgt die letzte Zinszahlung an dem dem Automatischen Vorzeitigen Auszahlungstag zugeordneten Zinszahlungstag und es erfolgen keine weiteren Zinszahlungen für künftige Zinszahlungstage nach dem tatsächlichen Automatischen Vorzeitigen Auszahlungstag.

(2) Zinsbetrag

Sofern der maßgebliche Beobachtungskurs an dem maßgeblichen Zinsbewertungstag den Zinszahlungslevel **erreicht oder überschritten** hat, erfolgt die Zahlung des in der am Ende von § 1 stehenden Tabelle bestimmten Zinsbetrags (der "**Zinsbetrag**") an dem darauffolgenden Zinszahlungstag.

(3) Memory Funktion

Wenn an einem Zinsbewertungstag die Voraussetzungen für die Zahlung eines Zinsbetrags vorliegen und für mindestens einen der vorangegangenen Zinsbewertungstage die Voraussetzungen für die Zahlung eines Zinsbetrags nicht vorgelegen haben, wird der entfallene Zinsbetrag, und, im Fall von mehreren zuvor entfallenen Zinsbeträgen, werden die betreffenden Zinsbeträge nachträglich an dem auf den maßgeblichen Zinsbewertungstag folgenden Zinszahlungstag zusammen mit dem an diesem Zinszahlungstag zu zahlenden Zinsbetrag ausgezahlt.

Im Hinblick auf die etwaigen nachträglich gezahlten Zinsbeträge kommt eine Verzinsung für den Zeitraum seit ihrem ursprünglich möglichen Zahlungstermin nicht in Betracht.

Soweit ausgefallene Zinsbeträge gemäß der vorstehenden Bestimmung bereits nachgezahlt wurden, werden diese zu einem späteren Zeitpunkt nicht erneut für die Bestimmung nachzuzahlender Zinsbeträge berücksichtigt.

(4) Geschäftstagekonvention

Falls ein in diesen Wertpapierbedingungen bezeichneter Tag, der gemäß diesen Bedingungen der Anpassung entsprechend der Geschäftstagekonvention unterliegt, auf einen Tag fallen würde, der kein Bankgeschäftstag ist, so wird dieser Tag auf den unmittelbar nachfolgenden Bankgeschäftstag verschoben (oder, falls ein späterer Tag, spätestens der fünfte bzw. hinsichtlich des Fälligkeitstags spätestens der neunte Bankgeschäftstag nach dem jeweils maßgeblichen in diesen Wertpapierbedingungen bezeichneten Tag) (die "**Geschäftstagekonvention**"). Der Wertpapierinhaber ist, je nach vorliegender Situation, weder berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen, noch muss er aufgrund der Verschiebung eine Kürzung der Zinsen hinnehmen.

§ 3 Automatische vorzeitige Auszahlung

Die Wertpapiere sehen eine automatische vorzeitige Auszahlung wie folgt vor:

- (1) Wenn an einem Bewertungstag, mit Ausnahme des Finalen Bewertungstags, der maßgebliche Beobachtungskurs den jeweiligen Vorzeitigen Auszahlungslevel **erreicht oder überschreitet**, gelten die Wertpapiere als gekündigt, ohne dass es einer weiteren Voraussetzung bedarf und die Emittentin wird einen Vorzeitigen Auszahlungsbetrag pro Wertpapier bestimmen, der dem Nennwert entspricht.
- (2) Im Fall einer automatischen vorzeitigen Auszahlung wird die Emittentin am darauffolgenden Automatischen Vorzeitigen Auszahlungstag den Vorzeitigen Auszahlungsbetrag zahlen. Mit der Zahlung erlöschen sämtliche Rechte aus den Wertpapieren und es erfolgen keine weiteren Zahlungen.

§ 4 Rückzahlung am Fälligkeitstag

Sofern keine automatische vorzeitige Auszahlung gemäß § 3 erfolgt ist, werden die Wertpapiere am Fälligkeitstag wie folgt zurückgezahlt:

- (1) Wenn **kein Barrieren-Ereignis** eingetreten ist, wird die Emittentin nach dem Finalen Bewertungstag einen Auszahlungsbetrag pro Wertpapier bestimmen, der dem Nennwert entspricht.
- (2) Wenn **ein Barrieren-Ereignis** eingetreten ist, wird die Emittentin am Fälligkeitstag den Physischen Basiswert liefern. In diesem Fall wird pro Wertpapier der Physische Basiswert in einer durch das Bezugsverhältnis ausgedrückten Anzahl bestimmt und nach Maßgabe des § 8 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) geliefert.

Soweit eine Anzahl von Physischen Basiswerten zu liefern wäre, die kein ganzzahliges Vielfaches von eins (1) darstellen würde, erfolgt die Lieferung in der Anzahl, die ein ganzzahliges Vielfaches von eins (1) darstellt; der Restbetrag wird in der Referenzwährung bestimmt ("**Spitzenausgleichszahlung**") und in der Auszahlungswährung ausgezahlt.

Die Spitzenausgleichszahlung je Wertpapier errechnet sich, indem der Nachkommastellenwert des Bezugsverhältnisses mit dem Referenzpreis multipliziert wird. Hält ein Wertpapierinhaber mehrere Wertpapiere, so erfolgt keine Zusammenlegung von Spitzenausgleichszahlungen in der Art und Weise, dass dafür eine höhere Anzahl des Physischen Basiswerts geliefert würde.

Sollte die Lieferung nach Maßgabe von § 8 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) unmöglich sein, hat die Emittentin das Recht, statt der Lieferung einen Geldbetrag in der Auszahlungswährung zu bezahlen, der aus der Multiplikation des Bezugsverhältnisses mit dem Referenzpreis ermittelt wird:

Bezugsverhältnis x Referenzpreis

Es erfolgt eine Kaufmännische Rundung jedes so ermittelten Betrages auf die zweite Nachkommastelle.

Ist die Lieferung des Physischen Basiswerts gemäß § 8 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) unmöglich und ist der ermittelte Gegenwert des Physischen Basiswerts **Null (0)**, erfolgt keinerlei Zahlung eines Auszahlungsbetrags. Das Wertpapier verfällt - abgesehen von etwaigen Zinszahlungen - wertlos.

Die Emittentin wird am Fälligkeitstag den Auszahlungsbetrag an den Wertpapierinhaber zahlen bzw. die Lieferung des Physischen Basiswerts durchführen.

Abschnitt A, Teil II (Basiswertspezifische Bedingungen):

§ 5

Anpassungen, außerordentliche Kündigung

- (1) Falls ein Potenzielles Anpassungsereignis nach Absatz (2) eintritt, kann die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) die Wertpapierbedingungen in der Weise anpassen, dass die Wertpapierinhaber wirtschaftlich soweit wie möglich so gestellt werden, wie sie vor Durchführung der Maßnahmen nach Absatz (2) standen. Die Emittentin kann dabei nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) die Wertpapierbedingungen auch in der Weise anpassen, in der an der Terminbörse entsprechende Anpassungen für dort gehandelte Termin- bzw. Optionskontrakte auf die Aktie erfolgen oder erfolgen würden, falls dort entsprechende Termin- bzw. Optionskontrakte auf die Aktie gehandelt werden oder gehandelt würden. Die Anpassungen können sich auch darauf beziehen, dass die Aktie durch einen Aktienkorb im Zusammenhang mit den in Absatz (2) genannten Wertpapieren ersetzt wird.
- (2) **"Potenzielles Anpassungsereignis"** in Bezug auf die Aktie ist:
 - (i) ein Aktiensplit, eine Zusammenlegung von Aktien oder Umwandlung von Aktiengattungen (soweit kein **"Fusionsereignis"** vorliegt) oder eine freie Ausschüttung oder Zuteilung von Aktien an die Aktionäre des Unternehmens, das die Aktie begeben hat (**"Gesellschaft"**), sei es aufgrund von Dividendenbeschlüssen oder aus anderen Gründen;
 - (ii) die Gewährung von weiteren Wertpapieren, die zum Empfang von Zahlungen bzw. Dividenden oder Liquidationserlösen der Gesellschaft dienen, an die Aktionäre der Gesellschaft im Verhältnis zu den von diesen gehaltenen Aktien; Gewährung an die Aktionäre der Gesellschaft von weiteren Gesellschaftsanteilen oder sonstigen Wertpapieren eines anderen Emittenten, der von der Gesellschaft direkt oder indirekt erworben oder bereits gehalten wird, als Folge eines Spin-Off oder einer vergleichbaren Maßnahme; oder Gewährung sonstiger Wertpapiere, Rechte oder Optionen oder anderer Vermögensgegenstände an die Aktionäre der Gesellschaft jeweils für eine Gegenleistung, die unter dem jeweiligen Marktpreis liegt, der von der Berechnungsstelle für relevant gehalten wird;
 - (iii) jede außerordentliche Dividende, die keine turnusgemäß ausgeschüttete Dividende ist;
 - (iv) eine Aufforderung zur Leistung von Einlagen auf nicht volleingezahlte Aktien;
 - (v) ein Aktienrückkauf der Aktien durch die Gesellschaft aus Gewinn oder Rücklagen, und unabhängig davon, ob das Entgelt hierfür in Geldzahlung, Wertpapieren oder anderen Werten besteht;
 - (vi) eine gesellschaftsrechtliche Maßnahme der Gesellschaft, die eine Abwehr einer feindlichen Übernahme darstellt und dazu führt, dass sich der theoretische, innere Wert der Aktie verringert;
 - (vii) oder jede andere Maßnahme, die einen verwässernden oder werterhöhenden Einfluss auf den theoretischen, inneren Wert der Aktie hat.
- (3) Falls ein Anpassungsereignis nach Absatz (4) eintritt, kann die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB):
 - (i) die Wertpapierbedingungen in der Weise anpassen, dass die Wertpapierinhaber wirtschaftlich soweit wie möglich so gestellt werden, wie sie vor Durchführung der Maßnahmen nach Absatz (4) standen. Die Anpassungen können sich auch darauf beziehen, dass die Aktie durch einen Aktienkorb im Zusammenhang mit den in Absatz (4) genannten Wertpapieren, durch Aktien einer durch die Ausgliederung neu gebildeten Aktiengesellschaft oder durch Aktien einer den ausgliedernden Unternehmensteil aufnehmenden Aktiengesellschaft in angepasster Zahl ersetzt wird. Die Emittentin kann nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) die Wertpapierbedingungen auch in der Weise anpassen, in der an der Terminbörse entsprechende Anpassungen für dort gehandelte Termin- bzw. Optionskontrakte auf die Aktie erfolgen oder erfolgen würden, falls dort entsprechende Termin- bzw. Optionskontrakte auf die Aktie gehandelt werden; oder
 - (ii) die Wertpapiere vorzeitig durch Bekanntmachung nach § 12 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) unter Angabe des nachstehend definierten Kündigungsbetrages kündigen. Im Falle der Kündigung zahlt die Emittentin anstatt der unter den Wertpapieren ansonsten zu leistenden Zahlungen an jeden Wertpapierinhaber einen Betrag je Wertpapier (**"Kündigungsbetrag"**), der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (§ 317 BGB) als angemessener Marktpreis des Wertpapiers unmittelbar vor dem zur Kündigung berechtigenden Ereignis festgelegt wird.

Die Emittentin wird den Kündigungsbetrag innerhalb von vier Bankgeschäftstagen nach dem Tag der Bekanntmachung gemäß § 12 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) an die CBF oder ihre Nachfolgerin zur Weiterleitung an die Wertpapierinhaber überweisen. Die Emittentin wird den Kündigungsbetrag gemäß § 8 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) zahlen.

- (4) **"Anpassungsereignis"** in Bezug auf die Aktie ist:
- (i) ein De-Listing, das im Sinne dieser Wertpapierbedingungen vorliegt, wenn die Referenzstelle ankündigt, dass gemäß den anwendbaren Regularien der Referenzstelle die Aktie bei der Referenzstelle nicht mehr gelistet, gehandelt oder öffentlich quotiert wird oder werden wird (sofern kein Fusionsereignis oder Tender Offer vorliegt) und die Aktie nicht unverzüglich an einer anderen Börse oder einem Handelssystem gelistet, gehandelt oder öffentlich quotiert wird, die bzw. das in derselben Jurisdiktion wie die ursprüngliche Referenzstelle befindlich ist (bzw. soweit die ursprüngliche Referenzstelle in der Europäischen Union befindlich ist, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union);
 - (ii) eine Verstaatlichung, die im Sinne dieser Wertpapierbedingungen vorliegt, wenn sämtliche Aktien oder Vermögensgegenstände der Gesellschaft verstaatlicht, enteignet oder in vergleichbarer Weise auf eine Regierungsstelle, Behörde oder sonstige staatliche Stelle übertragen werden;
 - (iii) die Zahlungsunfähigkeit, die im Sinne dieser Wertpapierbedingungen vorliegt, wenn aufgrund eines die Gesellschaft betreffenden freiwilligen oder unfreiwilligen Liquidations-, Insolvenz- oder vergleichbaren Verfahrens (a) sämtliche Aktien der Gesellschaft auf einen Treuhänder, Insolvenzverwalter oder eine vergleichbare Person übertragen werden und/oder (b) den Aktionären der Gesellschaft gesetzlich die Übertragung der Aktien verboten wird;
 - (iv) ein Übernahmeangebot, das im Sinne dieser Wertpapierbedingungen vorliegt, wenn ein Angebot der Übernahme, des Erwerbs, des Austausches oder ein sonstiges Angebot vorliegt, das dazu führt oder führen würde, dass eine Person im Wege der Umwandlung oder anderweitig mehr als 10 % und weniger als 100 % der Aktien der Gesellschaft erwirbt oder erhält bzw. erwerben oder erhalten würde oder ein entsprechendes Recht erwirbt oder erwerben würde. Das Vorliegen eines Übernahmeangebotes wird von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (§ 317 BGB) aufgrund von Notifizierungen staatlicher oder anderer relevanter Stellen oder aufgrund anderer von der Berechnungsstelle für relevant erachteter Informationen bestimmt;
 - (v) der wirksame Vollzug eines Übernahmeangebots, d.h. die Bekanntgabe des unwiderruflichen Zustandekommens eines Übernahmeangebots durch die übernehmende Person;
 - (vi) ein Fusionsereignis, das wiederum vorliegt, wenn in Bezug auf die Aktie:
 - a. eine Umwandlung von Aktiengattungen oder eine Inhaltsänderung der Aktie vorliegt, die dazu führt, dass eine Übertragung aller Aktien der Gesellschaft auf eine bestimmte Person erfolgt oder eine unwiderrufliche Verpflichtung hierzu besteht;
 - b. eine Zusammenlegung, Verschmelzung oder Fusion der Gesellschaft mit einem anderen Unternehmen vorliegt (es sei denn, die Gesellschaft ist das fortbestehende Unternehmen und die Verschmelzung führt nicht zu einer Umwandlung von Aktiengattungen oder Inhaltsänderung der Aktien);
 - c. ein sonstiges Übernahmeangebot vorliegt, das im Sinne dieser Wertpapierbedingungen vorliegt, wenn ein Angebot der Übernahme, des Erwerbs, des Austausches oder ein sonstiges Angebot einer Person vorliegt, 100 % der Aktien der Gesellschaft zu erwerben oder zu erhalten, das dazu führt, dass eine Übertragung aller Aktien der Gesellschaft (mit Ausnahme der Aktien, die bereits von dieser Person gehalten oder kontrolliert werden) auf diese Person erfolgt oder eine unwiderrufliche Verpflichtung hierzu besteht;
 - d. eine Zusammenlegung, Verschmelzung oder Fusion der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften mit einem anderen Unternehmen vorliegt und das fortbestehende Unternehmen die Gesellschaft ist und dies nicht zu einer Umwandlung von Aktiengattungen oder einer Inhaltsänderung der Aktie, sondern dazu führt, dass die Aktien der Gesellschaft vor diesem Ereignis (mit Ausnahme der Aktien, die von dem anderen Unternehmen gehalten oder kontrolliert werden) weniger als 50 % der Aktien der Gesellschaft unmittelbar nach dem Stattfinden des Ereignisses darstellen.

- (5) Berechnungen, Entscheidungen und Feststellungen nach den vorstehenden Absätzen werden durch die Berechnungsstelle (§ 11 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen)) für die Emittentin vorgenommen und sind für alle Beteiligten bindend, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt. Sämtliche Anpassungen sowie der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens werden unverzüglich nach § 12 in Abschnitt B der Wertpapierbedingungen (Allgemeine Bedingungen) bekannt gemacht.

§ 6 Marktstörungen

- (1) Wenn nach Auffassung der Berechnungsstelle zum Zeitpunkt der Feststellung des maßgeblichen Kurses eine Marktstörung, wie in Absatz (2) definiert, vorliegt, wird der betroffene Tag vorbehaltlich des letzten Absatzes dieses § 6, auf den unmittelbar nachfolgenden Handelstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Bei einer Verschiebung des unmittelbar vor einem Automatischen Vorzeitigen Auszahlungstag liegenden Bewertungstags wird der jeweilige Automatische Vorzeitige Auszahlungstag entsprechend angepasst bzw. bei einer Verschiebung des Finalen Bewertungstages wird der Fälligkeitstag entsprechend angepasst.
- (2) In Bezug auf eine Aktie als Basiswert bedeutet "**Marktstörung**":
- (a) die Suspendierung oder wesentliche Einschränkung des Handels (i) der Aktie an der Referenzstelle oder (ii) von auf die Aktie bezogenen Terminkontrakten oder Optionskontrakten an der Terminbörse;
 - (b) ein Ereignis, das die Möglichkeit von Marktteilnehmern, (i) Geschäfte mit der Aktie an der Referenzstelle zu tätigen oder einen Marktpreis für die Aktie an der Referenzstelle zu erhalten oder (ii) Geschäfte in auf die Aktie bezogenen Terminkontrakten oder Optionskontrakten an der Terminbörse zu tätigen bzw. einen Marktpreis für solche Terminkontrakte oder Optionskontrakte an der Terminbörse zu erhalten, unterbricht oder beeinträchtigt; oder
 - (c) dass die Referenzstelle vor ihrem regulären Handelsschluss schließt. Das gilt nicht, wenn die Referenzstelle den Handelsschluss mindestens eine Stunde vor dem tatsächlichen Handelsschluss oder, wenn dieser Zeitpunkt früher liegt, dem letzten Zeitpunkt für die Ordereingabe bei der Referenzstelle zur Ausführung zum Bewertungszeitpunkt an dem betreffenden Handelstag ankündigt.
- (3) Wenn ein Bewertungstag bzw. der Finale Bewertungstag bzw. der Festlegungstag um mehr als die in der Definition von Bewertungstag bzw. Finaler Bewertungstag bzw. Festlegungstag gemäß § 1 genannte Anzahl von Handelstagen nach Ablauf des ursprünglichen Tages verschoben worden ist und auch an diesem Tag die Marktstörung fortbesteht, dann gilt dieser Tag als Bewertungstag bzw. Finaler Bewertungstag bzw. Festlegungstag.

Der für die Ermittlung des jeweils maßgeblichen Kurses verwendete Kurs der Aktie als Basiswert entspricht dann dem von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (§ 317 BGB) bestimmten Kurs, unter Berücksichtigung der am ursprünglich festgelegten, nicht verschobenen Tag herrschenden Marktgegebenheiten.

Weitere Informationen

Börsennotierung und Zulassung zum Handel Die Beantragung der Einbeziehung der Wertpapiere in den Freiverkehr der Frankfurter Börse ist beabsichtigt.

Die Einbeziehung der Wertpapiere in den Handel ist (frühestens) für den 15. Juni 2020 geplant.

Angebotskonditionen:

Angebotsfrist

Vom Beginn der Zeichnungsfrist 8. Juni 2020 bis voraussichtlich zum 8. Juni 2020, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main).

Das Angebot der Wertpapiere beginnt am 8. Juni 2020 und endet mit Ablauf der Gültigkeit des Prospekts bzw. des jeweils aktuellen Basisprospekts.

Der Basisprospekt vom 25. Juni 2019 verliert am 29. Juni 2020 seine Gültigkeit. Ab diesem Zeitpunkt sind die Endgültigen Angebotsbedingungen für diejenigen Wertpapiere, deren Laufzeit bis zum 29. Juni 2020 nicht beendet worden ist, im Zusammenhang mit dem jeweils aktuellen Basisprospekt der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, zur Neuemission sowie zur Fortsetzung des öffentlichen Angebots und zur Erhöhung des Emissionsvolumens von Express Zertifikaten zu lesen, der dem Basisprospekt vom 25. Juni 2019 nachfolgt.

Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Emission der Wertpapiere ohne Angabe von Gründen nicht vorzunehmen.

Vertriebsstellen

Banken und Sparkassen

Gegenpartei und Übernehmerin

BNP Paribas Arbitrage S.N.C.

Zeichnungsverfahren

Die Wertpapiere werden von BNP Paribas Arbitrage S.N.C., Paris, Frankreich während der Zeichnungsfrist zum nachstehend genannten anfänglichen Ausgabepreis je Wertpapier angeboten.

Die Emittentin behält sich vor, die Zeichnungsfrist vorzeitig zu beenden und Zeichnungsanträge nicht oder nur teilweise anzunehmen.

Emissionswährung

Euro

Emissionstermin (Valutatag)

15. Juni 2020

Anfänglicher Ausgabepreis und Volumen je Serie

Der anfängliche Ausgabepreis je Wertpapier beträgt: EUR 100 (in Worten: Euro einhundert). Danach wird der Verkaufspreis von BNP Paribas Arbitrage S.N.C. fortlaufend festgesetzt.

Es werden 30.000 (in Worten: dreißigtausend) Wertpapiere im Gesamtvolumen von EUR 3.000.000 (in Worten: Euro drei Millionen) angeboten. Die Emittentin behält sich eine Aufstockung des Emissionsvolumens vor.

Mitgliedstaat(en), für die die Verwendung des Prospekts durch den/die zugelassenen Anbieter gestattet ist Bundesrepublik Deutschland und Republik Österreich

Angabe der Tranche, die für bestimmte Märkte vorbehalten ist, wenn die Wertpapiere gleichzeitig an den Märkten zweier oder mehrerer Staaten angeboten werden Entfällt.

Details (Namen und Adressen) zu Platzeur(en) Entfällt.

Verkaufsprovision Entfällt.

Verfahren für die Mitteilung des zugeteilten Betrags an die Antragsteller und Informationen dazu, ob bereits vor Erhalt der entsprechenden Mitteilung mit den Wertpapieren gehandelt werden darf Die Zuteilung erfolgt, ohne Berücksichtigung einer etwaigen vorzeitigen Beendigung der Zeichnungsfrist, am letzten Tag der vorstehend angegebenen Zeichnungsfrist und wird dem jeweiligen Anleger über die Bank bzw. Sparkasse, über die er die Wertpapiere erwirbt, mitgeteilt.
Eine Aufnahme des Handels im Rahmen der geplanten Einbeziehung der Wertpapiere in den Handel, die in den Freiverkehr der Frankfurter Börse für den 15. Juni 2020 geplant ist, ist nicht vor der Zustellung der entsprechenden Mitteilungen gemäß vorstehendem Satz möglich.

Emissionsspezifische Zusammenfassung

Zusammenfassungen bestehen aus geforderten Angaben, die als "Punkte" bezeichnet werden. Diese Punkte werden nummeriert und den Abschnitten A bis E zugeordnet (A.1 – E.7).

Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die für eine Zusammenfassung hinsichtlich dieser Art von Wertpapieren und dieser Art von Emittentin vorgeschrieben sind. Da einige Punkte nicht verpflichtend anzugeben sind, kann sich eine lückenhafte Aufzählungsreihenfolge ergeben.

Auch wenn aufgrund der Art der Wertpapiere und des Emittenten ein bestimmter Punkt als Bestandteil der Zusammenfassung vorgeschrieben ist, kann es vorkommen, dass für den betreffenden Punkt keine relevanten Informationen vorliegen. In diesem Fall enthält die Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Punkts mit dem Vermerk "entfällt".

Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweise

Punkt	Beschreibung	Geforderte Angaben
A.1	Warnhinweise	<p>Diese Zusammenfassung soll als Einführung zum Basisprospekt verstanden werden.</p> <p>Der Anleger sollte jede Entscheidung zur Anlage in die betreffenden Wertpapiere auf die Prüfung des gesamten Basisprospekts stützen.</p> <p>Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in dem Basisprospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Basisprospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.</p> <p>Diejenigen Personen, die die Verantwortung für die Zusammenfassung einschließlich etwaiger Übersetzungen hiervon übernommen haben oder von denen der Erlass ausgeht, können haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Basisprospekts gelesen wird, oder sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Basisprospekts gelesen wird, nicht alle erforderlichen Schlüsselinformationen vermittelt.</p>
A.2	Zustimmung zur Verwendung des Prospekts	<p>Jeder Finanzintermediär, der die Wertpapiere nachfolgend weiter verkauft oder endgültig platziert, ist berechtigt, den Prospekt während der Dauer seiner Gültigkeit gemäß § 9 des Wertpapierprospektgesetzes, welches die Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 (geändert durch Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010) umsetzt, zu verwenden. Die Emittentin stimmt dem späteren Weiterverkauf oder der endgültigen Platzierung der Wertpapiere durch sämtliche Finanzintermediäre in Deutschland und/oder Österreich und/oder Luxemburg, deren zuständiger Behörde eine Notifizierung des Prospektes übermittelt wurde, während der Angebotsfrist zu. Ein solcher späterer Weiterverkauf oder eine solche endgültige Platzierung setzt jeweils voraus, dass der Prospekt in Übereinstimmung mit § 9 des Wertpapierprospektgesetzes noch gültig ist bzw. das Angebot wird auf Basis eines nachfolgenden Prospekts fortgesetzt, dessen Billigung vor Ablauf der Gültigkeit des vorangegangenen Prospekts erfolgt.</p> <p>Der Prospekt darf potenziellen Investoren nur zusammen mit sämtlichen bis zur Übergabe veröffentlichten Nachträgen übergeben werden. Jeder Nachtrag zum Prospekt kann in elektronischer Form auf der Internetseite</p>

	<p>der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH (www.derivate.bnpparibas.com/service/basisprospekte) abgerufen werden.</p> <p>Bei der Nutzung des Prospektes hat jeder Finanzintermediär sicherzustellen, dass er alle anwendbaren, in den jeweiligen Jurisdiktionen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften beachtet.</p> <p>Für den Fall, dass ein Finanzintermediär ein Angebot macht, informiert dieser Finanzintermediär die Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Angebotsbedingungen der Wertpapiere.</p> <p>Jeder den Prospekt verwendende Finanzintermediär hat auf seiner Internetseite anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.</p>
--	---

Abschnitt B – Emittent und etwaige Garantiegeber

1) Informationen bezüglich BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH als Emittentin		
Punkt	Beschreibung	Geforderte Angaben
B.1	Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin	Die Emittentin führt die Firma BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH. Der kommerzielle Name entspricht der Firma.
B.2	Sitz, Rechtsform, Rechtsordnung	Sitz der Emittentin ist Frankfurt am Main. Die Geschäftsadresse lautet: Europa-Allee 12, 60327 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland. BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gemäß deutschem Recht.
B.4b	Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken	Die Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr wird in hohem Maße von der allgemeinen Marktentwicklung abhängig sein. Aufgrund eines niedrigeren Emissionsvolumens bei Produkten auf Einzelaktien wird die Emissionstätigkeit der Emittentin in diesem Geschäftsjahr mit hoher Wahrscheinlichkeit niedriger ausfallen, als im vorangegangenen Geschäftsjahr. Für das kommende Geschäftsjahr wird ein im Vergleich zu diesem Geschäftsjahr stabiles Emissionsvolumen erwartet. Bei einer starken Verschlechterung der makroökonomischen Lage in der Eurozone oder fallenden Aktienmärkten dürfte sich ein Rückgang der Umsätze und der Emissionstätigkeit ergeben. Eine unerwartet stärkere Regulierung würde sich ebenfalls negativ auf die Geschäftsentwicklung der Emittentin auswirken.
B.5	Konzernstruktur	Alleinige Gesellschafterin der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH ist BNP Paribas S.A., eine börsennotierte Aktiengesellschaft nach französischem Recht. BNP Paribas S.A. ist, nach Selbsteinschätzung, eine der führenden Banken Frankreichs und unterhält Zweigstellen und Tochtergesellschaften in allen wichtigen Märkten. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH gibt es keine Vereinbarungen oder Pläne über eine Änderung der Gesellschafterstruktur.
B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen	Entfällt. Die Emittentin gibt derzeit keine Gewinnprognosen oder -schätzungen ab.
B.10	Beschränkungen im Bestätigungsvermerk	Entfällt. Der Jahresabschluss der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH für das am 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr ist von MAZARS GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Theodor-Stern-Kai 1, 60596 Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten

		<p>Bestätigungsvermerk versehen worden.</p> <p>Der Jahresabschluss der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH für das am 31. Dezember 2019 endende Geschäftsjahr ist von MAZARS GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Theodor-Stern-Kai 1, 60596 Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.</p>																																				
B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	<p>Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin, die den geprüften Jahresabschlüssen der Emittentin zum 31. Dezember 2018 und zum 31. Dezember 2019 entnommen wurden.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Finanzinformation</th> <th>Jahresabschluss 31. Dezember 2018 EUR</th> <th>Jahresabschluss 31. Dezember 2019 EUR</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td colspan="3">Bilanz</td> </tr> <tr> <td colspan="3">Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</td> </tr> <tr> <td>Forderungen gegen verbundene Unternehmen</td> <td>172.155.000,00</td> <td>120.695.281,45</td> </tr> <tr> <td>Sonstige Vermögensgegenstände (Aktiva/Umlaufvermögen)</td> <td>2.283.544.900,59</td> <td>2.339.441.633,25</td> </tr> <tr> <td colspan="3">Verbindlichkeiten</td> </tr> <tr> <td>Anleihen (Passiva/Verbindlichkeiten)</td> <td>1.725.834.253,67*</td> <td>1.578.897.172,19</td> </tr> <tr> <td>Sonstige Verbindlichkeiten (Passiva/Verbindlichkeiten)</td> <td>748.615.565,48</td> <td>880.715.835,51</td> </tr> <tr> <td colspan="3">Gewinn- und Verlustrechnung</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2018</td> <td>Für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2019</td> </tr> <tr> <td>Sonstige betriebliche Erträge</td> <td>1.819.810,35</td> <td>1.130.112,99</td> </tr> <tr> <td>Sonstige betriebliche Aufwendungen</td> <td>-1.819.810,35</td> <td>-1.130.112,99</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die vorgenannten Abschlüsse wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches ("HGB") und den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes ("GmbHG") aufgestellt.</p> <p>* In der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2018 ist eine nachträgliche Korrektur in Höhe von 18,75 Mio. EUR berücksichtigt.</p>	Finanzinformation	Jahresabschluss 31. Dezember 2018 EUR	Jahresabschluss 31. Dezember 2019 EUR	Bilanz			Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			Forderungen gegen verbundene Unternehmen	172.155.000,00	120.695.281,45	Sonstige Vermögensgegenstände (Aktiva/Umlaufvermögen)	2.283.544.900,59	2.339.441.633,25	Verbindlichkeiten			Anleihen (Passiva/Verbindlichkeiten)	1.725.834.253,67*	1.578.897.172,19	Sonstige Verbindlichkeiten (Passiva/Verbindlichkeiten)	748.615.565,48	880.715.835,51	Gewinn- und Verlustrechnung				Für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2018	Für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2019	Sonstige betriebliche Erträge	1.819.810,35	1.130.112,99	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.819.810,35	-1.130.112,99
Finanzinformation	Jahresabschluss 31. Dezember 2018 EUR	Jahresabschluss 31. Dezember 2019 EUR																																				
Bilanz																																						
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände																																						
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	172.155.000,00	120.695.281,45																																				
Sonstige Vermögensgegenstände (Aktiva/Umlaufvermögen)	2.283.544.900,59	2.339.441.633,25																																				
Verbindlichkeiten																																						
Anleihen (Passiva/Verbindlichkeiten)	1.725.834.253,67*	1.578.897.172,19																																				
Sonstige Verbindlichkeiten (Passiva/Verbindlichkeiten)	748.615.565,48	880.715.835,51																																				
Gewinn- und Verlustrechnung																																						
	Für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2018	Für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2019																																				
Sonstige betriebliche Erträge	1.819.810,35	1.130.112,99																																				
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.819.810,35	-1.130.112,99																																				
	Erklärung, dass sich die Aussichten des Emittenten seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben oder Beschreibung jeder wesentlichen Verschlechterung	Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2019 nicht verschlechtert.																																				
	Beschreibung	Entfällt. Es sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder																																				

	wesentlicher Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition	der Handelsposition der Emittentin seit dem 31. Dezember 2019 eingetreten.
B.13	Aktuelle Entwicklungen	Entfällt. Es gibt keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die für die Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit in hohem Maße relevant sind.
B.14	Abhängigkeit der Emittentin von anderen Konzerngesellschaften	Die Gesellschaftsstruktur der Emittentin in Bezug auf BNP Paribas S.A. ist unter Punkt B.5 aufgeführt. Alleinige Gesellschafterin der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH ist BNP Paribas S.A., eine börsennotierte Aktiengesellschaft nach französischem Recht.
B.15	Geschäftstätigkeit, wichtigste Märkte, Haupttätigkeit	Gegenstand der Gesellschaft sind gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Begebung, der Verkauf, der Erwerb und das Halten von Wertpapieren für eigene Rechnung, der Erwerb sowie die Veräußerung von Immobilien und Waren jeglicher Art für eigene Rechnung sowie alle Geschäfte, die damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen mit Ausnahme von Geschäften, die eine Erlaubnis nach dem Kreditwesengesetz oder der Gewerbeordnung erfordern. Die Gesellschaft ist zu allen Rechtsgeschäften und sonstigen Handlungen berechtigt, die ihr zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich erscheinen. Insbesondere darf sie Zweigniederlassungen errichten, sich an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen und Organschafts- und sonstige Unternehmensverträge abschließen. Haupttätigkeitsbereiche der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH sind die Begebung und der Verkauf von Wertpapieren für eigene Rechnung. Die von BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH begebenen und von BNP Paribas Arbitrage S.N.C. angebotenen Wertpapiere werden zurzeit auf dem deutschen und dem österreichischen Markt und auch auf dem luxemburgischen Markt angeboten. Die von der Gesellschaft begebenen Wertpapiere können auch von anderen Unternehmen der BNP Paribas Gruppe übernommen und angeboten werden.
B.16	Wesentliche Beteiligungen und Beherrschungen	Zwischen BNP Paribas S.A. und der Emittentin besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Demnach ist die Emittentin verpflichtet, den gesamten nach den maßgeblichen handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Gewinn an BNP Paribas S.A. abzuführen. Zugleich hat BNP Paribas S.A. jeden während der Vertragsdauer bei BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH entstehenden Verlust auszugleichen, soweit dieser nicht durch die Verwendung von Gewinnrücklagen gedeckt werden kann. Auf der Grundlage des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages kann BNP Paribas S.A. der Emittentin alle ihr zweckdienlich erscheinenden (gegebenenfalls auch für die Emittentin nachteiligen) Weisungen erteilen. Darüber hinaus ist BNP Paribas S.A. berechtigt, jederzeit die Bücher und Schriften der Emittentin einzusehen und Auskünfte insbesondere über die rechtlichen, geschäftlichen und verwaltungsmäßigen Angelegenheiten der Gesellschaft zu verlangen. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag kann mit einjähriger Kündigungsfrist zum Ende des Kalenderjahres ordentlich gekündigt werden. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gekündigt. Die Beendigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages wird von der Emittentin unverzüglich veröffentlicht und durch Mitteilung der entsprechenden Bekanntmachung an die Clearstream Banking AG Frankfurt zur Weiterleitung an die Wertpapierinhaber bekannt gemacht.

B.18	Art und Umfang der Garantie	BNP Paribas S.A., Paris, Frankreich, (die " Garantin ") hat eine unbedingte und unwiderrufliche Garantie (die " Garantie ") für die ordnungsgemäße Zahlung von sämtlichen nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen zahlbaren Beträgen übernommen, soweit und sobald die entsprechende Zahlung nach den Wertpapierbedingungen fällig wäre.
B.19	Angaben zur Garantin, als wäre sie die Emittentin der gleichen Art von Wertpapieren, die Gegenstand der Garantie sind	Angaben zur Garantin, als wäre sie die Emittentin der gleichen Art von Wertpapieren, die Gegenstand der Garantie sind, finden sich jeweils in den nachstehenden Punkten B.19/B.1, B.19/B.2, B.19/B.4b, B.19/B.5, B.19/B.9, B.19/B.10, B.19/B.12, B.19/B.13, B.19/B.14, B.19/B.15 und B.19/B.16.

2) Informationen bezüglich BNP Paribas S.A. als Garantin

Punkt	Beschreibung	Geforderte Angaben
B.19/ B.1	Juristischer und kommerzieller Name der Garantin	Juristischer und kommerzieller Name der Garantin ist BNP Paribas S.A. (auch " BNPP ").
B.19/ B.2	Sitz, Rechtsform, Rechtsordnung	Die Garantin wurde in Frankreich als Aktiengesellschaft nach französischem Recht (<i>société anonyme</i>) gegründet und verfügt über eine Bankerlaubnis; ihre Hauptverwaltung hat die Anschrift 16, boulevard des Italiens – 75009 Paris, Frankreich.
B.19/ B.4b	Trends, die sich auf die Garantin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken	<p>Gesamtwirtschaftliches Umfeld</p> <p>Die Ergebnisse der Bank werden durch das makroökonomische Umfeld und Marktbedingungen beeinflusst. Wegen seiner Art ist das Geschäft der Bank besonders empfindlich für das Marktumfeld und die makroökonomischen Bedingungen in Europa.</p> <p>Laut IWF verlangsamte sich das Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2019 auf knapp über 3 % nach 3,5 % im Jahr 2018.</p> <p>Die Wachstumsraten gingen in den USA und in der Eurozone zurück. Bei weitgehend unveränderten Ölpreisen blieb die Inflation moderat (knapp 1,0 % in der Eurozone und etwas über 1,5 % in den Vereinigten Staaten). Diese Trends veranlassten die wichtigsten Zentralbanken (die US-Notenbank und die Europäische Zentralbank), eine lockere Haltung einzunehmen (einschließlich Leitzinssenkungen, Bilanzausweitung usw.). Vor diesem Hintergrund sanken die langfristigen Zinsen sehr tief und erreichten sogar negative Zinsen bei zehnjährigen Staatsanleihen in Deutschland, Frankreich und Japan. Diese geldpolitischen Maßnahmen trugen dazu bei, die Abschwächung der Wirtschaft im Vergleich zu früheren Jahren abzumildern.</p> <p>China befindet sich in einem Prozess der Neugewichtung des Wachstums zugunsten der Binnennachfrage bei laufender struktureller Abschwächung des Wachstums. In allen Schwellenländern verlangsamte sich das Wachstum und fiel auf unter 4 %, dem niedrigsten Stand seit Anfang der 2000er Jahre (abgesehen von der Zeit der Wirtschaftskrise 2008-2009). Für das Jahr 2020 wird von einem erneuten Wachstum ausgegangen. Grund sind positive Finanzierungseffekte durch eine lockerere US-Geldpolitik und geldpolitische Lockerungen in einigen Schwellenländern. Diese neuen Rahmenbedingungen beeinträchtigt die Ertragskraft des Bankensektors und</p>

kann die Effekte einer neuen Lockerung der Geldpolitik mindern.

In diesem Zusammenhang sind die folgenden Risikokategorien zu erkennen:

Risiken finanzieller Instabilität aufgrund der Umsetzung der Geldpolitik

In reifen Volkswirtschaften hat sich das Zinsumfeld in den letzten Quartalen 2019 hinsichtlich der Leitzinsen der Zentralbanken, negativer Renditen von Staatsanleihen und der Abflachung der Zinskurven drastisch verändert. Die Erlöse der Banken wurden stark durch eine flache Renditekurve, negative Einlagenzinsen der Zentralbanken und Schwierigkeiten, negative Zinsen an die Kunden weiterzuleiten, betroffen. Während derartige Entwicklungen vor einigen Jahren als vorübergehend und außergewöhnlich angesehen worden wären, drängt sich derzeit der Eindruck auf, dass das Risiko dieser Lage ein längerfristiges ist.

Darüber hinaus kann eine niedrige (oder überhaupt fehlende) Rendite von Anlagen mit niedrigerem Risiko und ein Rückgang des Einsatzes von Fremdkapital zwei mögliche Folgen haben:

- Investments in risikoreichere Anlagen generieren höhere Renditen (höhere Gefahr von Ausfallrisiken bei fallenden Bonitätseinstufungen) und/oder
- Bildung von Finanzblasen bei bestimmten Anlagekategorien wie Immobilien oder an den Finanzmärkten (z. B. Aktienmärkten, bei privatem Beteiligungskapital, Anleihen usw.).

Einige große Akteure im Finanzmarkt (etwa Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, Anlageverwaltungsgesellschaften usw.) besitzen zunehmende systemische Bedeutung. Im Fall von Markturbulenzen könnten sie veranlasst sein, große Positionen in einer Lage relativ schwacher Marktliquidität aufzulösen. Das Risiko eines starken Anstiegs langfristiger Zinssätze und/oder deutlicher Kurskorrekturen hat seit der diesjährigen geldpolitischen Kehrtwende abgenommen, kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. In einigen Anlagemärkten sind die Risikoaufschläge in ihrem historischen Durchschnitt betrachtet niedrig, nach zehn Jahren lockerer Geldpolitik (z. B. Ausleihungen an bonitätsschwache Unternehmen und Länder, bestimmte Segmente der Aktien- und Rentenmärkte usw.).

Systemisches Risiko in Verbindung mit steigender Verschuldung.

In einigen Volkswirtschaften sind die öffentlichen Finanzen weiterhin deutlich unausgeglichen. Wenngleich extrem niedrige Zinssätze (gestützt durch die Anleihenkäufe der Zentralbanken) die kurzfristigen Bedrohungen durch den niedrigeren Schuldendienst erheblich reduziert haben und Staaten mehr Spielraum brachten, bestehen die Risiken weiterhin auf mittlere Sicht. Aus institutionellen Gründen sind die Länder der Eurozone besonders stark von diesen Risiken betroffen (z. B. Haushaltszwänge und fragmentierte Rentenmärkte). In einigen Volkswirtschaften sind außerdem bestimmte Ungleichgewichte im privaten Sektor zu beobachten (insbesondere die Verschuldung der Privathaushalte).

Des Weiteren haben sich einige Schwellenländer seit 2008 verstärkt verschuldet, einschließlich der Verschuldung in Devisen und bei ausländischen Gläubigern. Die öffentlichen und privaten Schulden könnten besorgniserregende Höhen erreichen. Die Verschlechterung des Schuldenprofils kann zu Herunterstufungen durch Ratingagenturen führen. In der Folge kann es zu steigenden Risikoaufschlägen und höherem

		<p>Schuldendienst kommen. Dies könnte das Anlegervertrauen schmälern und Kapitalabflüsse veranlassen, wodurch die oben genannten negativen Effekte sich erhöhten.</p> <p>Das Engagement der Gruppe in Schwellenländern ist zwar eingeschränkt, jedoch kann die Anfälligkeit dieser Volkswirtschaften zu Verwerfungen im globalen Finanzsystem führen, die sich auf die Gruppe und ihre Ergebnisse auswirken könnten.</p> <p>Hier sollte bemerkt werden, dass im Falle von einem plötzlichen Anstieg der Zinssätze, aber auch unter einem negativen Wachstumsschock, sich schuldittelbezogene Risiken verwirklichen könnten.</p> <p><i>Risiken aus der Einschränkung des internationalen Handels durch protektionistische Maßnahmen</i></p> <p>Der Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China hat sich im Jahr 2019 verschärft. In den Vereinigten Staaten wurden zusätzliche Zölle auf Importe erhoben, die zu Vergeltungsmaßnahmen seitens China führten. Zusätzlich zum Handelskonflikt könnten weitere Konfrontationen auftreten, insbesondere bei Währungskursen und in der Technologieführerschaft. Ein weiterer Konflikt könnte zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union entstehen. Auf längere Sicht bedroht eine zunehmend protektionistische Politik den reibungslosen Betrieb von Lieferketten und behindert die weitere Globalisierung.</p> <p>Handelskonflikte dürften das weltweite Wachstum abbremsen, indem sie das Handelsvolumen schmälern, Produktionsketten stören und das Vertrauen der Wirtschaftsteilnehmer und Finanzmärkte negativ beeinflussen.</p> <p>Gesetze und Verordnungen für Finanzinstitute</p> <p>Jüngste und zukünftige Änderungen in Gesetzen und Verordnungen, die für Finanzinstitutionen gelten, können eine erhebliche Auswirkung auf die Bank haben. Zu den Maßnahmen, die kürzlich getroffen wurden oder die selbst (oder deren Anwendung) sich noch in der Umsetzung befinden, und die wahrscheinlich eine Auswirkung auf die Bank haben werden, zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Regulierungen zur Kapitalausstattung: die im Mai 2019 beschlossene Eigenkapitalrichtlinie V („CRD 5“), die Eigenkapitalverordnung II („CRR 2“), die internationalen Anforderungen an die Verlusttragfähigkeit („TLAC“) sowie die Tatsache, dass die Bank durch den Finanzstabilitätsrat als ein Finanzinstitut von systemischer Bedeutung benannt wurde; • der einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus (SSM) und die Verordnung vom 6. November 2014; • die Richtlinie vom 16. April 2014 betreffend die Einlagensicherungssysteme und ihre delegierten Verordnungen und Durchführungsverordnungen, die Richtlinie vom 15. Mai 2014 zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, der Einheitliche Abwicklungsmechanismus, der das Einheitliche Abwicklungsgremium und den Einheitlichen Abwicklungsfonds schafft; • die „Final Rule“ der U.S. Federal Reserve, welche strengere prudenzielle Vorschriften für U.S.-Transaktionen großer ausländischer Banken vorschreibt, insbesondere die Pflicht, eine
--	--	--

		<p>separate Zwischenholdinggesellschaft (deren Kapitalausstattung der Regulierung unterliegt) für ihre US-Tochtergesellschaften in den USA zu gründen;</p> <ul style="list-style-type: none"> • die neuen Vorschriften zur Regulierung von im Freiverkehr gehandelten Derivaten gemäß Titel VII der Dodd-Frank Wall Street Reform und des Consumer Protection Act, insbesondere Einschusspflichten für nicht geclearte Derivate und Derivate von Wertpapieren, die durch Swap-Händler, größere Swap-Kontrahenten, Händler von auf Wertpapieren basierenden Swaps sowie größeren Kontrahenten von auf Wertpapieren basierenden Swaps; die Vorschriften der US Securities and Exchange Commission, welche die Registrierung von Banken und größeren Swap-Kontrahenten vorschreiben, die an Derivatemarkten tätig sind, sowie Transparenz und Meldepflichten zu Derivattransaktionen; • die neue EU-Finanzmarktrichtlinie („MiFID 2“) und Finanzmarktrichtlinien-Verordnung („MiFIR“) sowie die europäischen Verordnungen zur Regulierung des Clearings von im Freiverkehr gehandelten Derivateprodukten durch zentralisierte Kontrahenten und die Offenlegung der Wertpapiere, die Finanztransaktionen von zentralisierten Einrichtungen finanzieren; • Die Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“), die am 25. Mai 2018 in Kraft trat. Diese Verordnung ist dazu bestimmt, den Datenschutz in der Europäischen Union weiterzuentwickeln und den Schutz personenbezogener Daten in der Europäischen Union zu verbessern. Unternehmen unterliegen dem Risiko empfindlicher Sanktionen, wenn sie die durch die Datenschutzgrundverordnung DSGVO festgelegten Standards nicht einhalten. Diese Verordnung gilt für alle Banken und Unternehmen, die europäischen Bürgerinnen und Bürgern Dienstleistungen anbieten; außerdem • der Abschluss des Basel-III-Abkommens, das vom Baseler Ausschuss im Dezember 2017 veröffentlicht wurde, das Veränderungen für die Messung und Steuerung des Kreditrisikos, der operationellen Risiken sowie eine Bewertungsanpassung für die Kontrahentenbonität („CVA“) zur Berechnung der risikogewichteten Aktiva einführt. Diese Maßnahmen werden in Kraft treten, sobald sie in europäisches Recht umgesetzt werden. Der neue Basler Regelungsrahmen schreibt außerdem die schrittweise Einführung einer gesamthaften Mindestbewertung auf der Basis standardisierter Ansätze vor. <p>Darüber hinaus stellt in diesem gestärkten regulatorischen Rahmen das Risiko der Nichteinhaltung von bestehenden Gesetzen und Verordnungen, insbesondere solcher, die sich auf den Schutz der Verbraucherinteressen und personenbezogener Daten beziehen, ein erhebliches Risiko für den Bankensektor mit der Möglichkeit dar, dass sie zu erheblichen Verlusten und Geldstrafen führen. Zusätzlich zu seinem Compliance-System, das diese spezifische Risikoart abdeckt, stellt die Gruppe das Interesse ihrer Kunden und im weiten Sinne ihrer Anspruchsgruppen in den Mittelpunkt ihrer Werte. So enthält der durch die Gruppe im Jahr 2016 eingeführte neue Verhaltenskodex detaillierte Werte und Verhaltensregeln in diesem Bereich.</p> <p><i>Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel</i></p>
--	--	---

Der Klimawandel ist ein finanzielles Risiko für die Gruppe. Mit dem Klimawandel zusammenhängende Risiken können die Gruppe sowohl direkt in ihrem eigenen Betrieb als auch indirekt über ihre Finanzierungs- und Investmenttätigkeiten beeinträchtigen. Diese Risiken betreffen hauptsächlich die physischen Risiken aus den Folgen des Klimawandels und die „CO2“-Risiken aus dem Übergang in eine CO2-arme Wirtschaft.

Cyber -Sicherheit und Technologierisiken

Die Fähigkeit der Bank, ihre Geschäfte abzuwickeln ist untrennbar mit dem elektronischen Datenfluss sowie dem dafür erforderlichen Schutz ihrer Informationen und technologischen Werte verbunden.

Der technologische Fortschritt, begleitet von digitalen Transformationsprozessen und dem daraus resultierenden Anstieg an Kommunikationsschnittstellen sowie Datenressourcen, und einer Beschleunigung der Datenverarbeitung führt zu vermehrter Nutzung der elektronischen Abwicklung von Bankgeschäften .

Sowohl der technologische Fortschritt als auch der beschleunigte Technologiewechsel im Hinblick auf Kundenanforderungen bietet Cyberkriminellen neue Möglichkeiten für Manipulationen, Diebstahl und Offenlegung von Daten. Angriffe sind häufiger, werden immer raffinierter und betreffen mehr Daten in allen Sektoren, auch in den Finanzdienstleistungen.

Die Auslagerung von immer mehr Prozessen setzt die Gruppe außerdem strukturellen Cyber- und Technologierisiken aus, was zum Entstehen potenzieller Angriffsvektoren führt, die von Cyberkriminellen ausgenutzt werden können.

Demgemäß hat die Gruppe die zweite Verteidigungslinie innerhalb der Risikofunktion verstärkt. Sie widmet sich dem Management von Cyber- und Technologierisiken. Die operativen Standards werden dementsprechend regelmäßig angepasst, um die digitale Weiterentwicklung und Innovation in der Bank zu unterstützen und gleichzeitig bestehende und neu auftretende Bedrohungen (wie etwa Cyberkriminalität, Spionage etc.) zu managen.

Neuartige Risiken

Als neuartige Risiken werden neue oder sich verändernde Risiken bezeichnet, deren potenzielle Folgen in der Zukunft wesentlich sein können, jedoch derzeit noch nicht vollständig bekannt oder schwer zu quantifizieren sind.

Die Gruppe hat neuartige Risiken im Zusammenhang mit technologischen Innovationen, dem sich laufend verändernden regulatorischen Umfeld sowie bestimmte Gesundheits-, Demografie- und Gesellschaftsrisiken erkannt.

Technologische Innovationen

Technologischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der steigenden Nutzung von Daten in allen Produktions-, Vermarktungs- und Vertriebsprozessen und dem Datenaustausch zwischen Akteuren der Wirtschaft (insbesondere Erzeuger, Lieferanten und Kunden) werden die wirtschaftlichen Modelle der Kunden und Geschäftspartner der Gruppe dauerhaft beeinflussen. Diese Folgen, die bisweilen schwer einzuschätzen sind, wenn sie mit sich ständig weiterentwickelnden und anpassenden neuen Standards, neuer relativer Gewichtung der Akteure und Aufsichtsstellen einhergehen, werden intern durch Branchenexperten analysiert. Sie

		<p>konzentrieren sich auf diejenigen Wirtschaftsbereiche, die am meisten von dieser Entwicklung betroffen sind.</p> <p>Darüber hinaus befindet sich das Wettbewerbsumfeld der Gruppe in einem tiefgreifenden Wandel. Es treten neue Fintech-Akteure und neuartige technologische Innovationen auf, die zu Umbrüchen in den traditionellen Wertschöpfungsketten des Geschäfts der Gruppe führen. Als wesentliche Erfolgsfaktoren im Wettbewerb setzen sie die Qualität der Kundenerfahrungen und den Einsatz neuer Technologien zur Reduzierung der Kosten marginarmer Geschäfte ein. Die Pflege der Informationssysteme der Gruppe muss in diesem Rahmen neuartiger Wertschöpfungsketten erfolgen. Die Gruppe setzt derzeit in diesem Bereich eine vorausschauende Strategie um, um ihre Tätigkeit diesen bedeutenden technologischen Entwicklungen anzupassen und eine gewisse Branchenkooperation mit Fintech-Akteuren zu fördern.</p> <p><i>Laufende Änderungen im regulatorischen Umfeld</i></p> <p>Neben den bereits als Hauptrisiken genannten regulatorischen Maßnahmen, die kürzlich beschlossen oder kurz vor ihrer Anwendung stehen, schafft der Trend zu steigender Komplexität und regionaler Differenzierung im regulatorischen Umfeld für Banken, zusammen mit der diesbezüglichen Aufsicht, eine relative Ungewissheit zu künftigen Entwicklungen, Kosten der Regeleinhaltung und zum Risiko der ordnungsgemäßen Erfüllung im Zusammenhang mit den verschiedenen Maßnahmen. Die Gruppe hat ein aktives Monitoringsystem für ihr regulatorisches Umfeld eingerichtet, mit dem sie diese Risiken minimieren kann.</p> <p>Mögliche künftige Abweichungen je nach Art der beaufsichtigten Institute, beispielsweise in Abhängigkeit von ihrem Innovationsgrad, können ebenfalls ein wettbewerbsbezogenes Risiko schaffen.</p> <p><i>Gesundheitsrisiken</i></p> <p>Die Möglichkeit, dass eine Virus- oder Bakterieninfektion gegen Antibiotika, antivirale Mittel oder andere Behandlungen resistent ist, nimmt zu. Sie könnte zu vorbeugenden Maßnahmen und Störungen im Handel führen.</p> <p>Diese Infektionen können zum Ausfall von Infrastruktur und Produktion führen, mit Folgen für alle Betroffenen.</p> <p><i>Demografierisiko</i></p> <p>Die alternde Bevölkerung ist in vielen Ländern ein wichtiger fundamentaler Trend. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten (und bereits jetzt zu beobachten) hat dieser Wandel erhebliche Folgen für das Wirtschaftswachstum und Haushalte im Gesundheitswesen und Rentensystem oder im Spar- und Konsumverhalten.</p> <p><i>Gesellschaftliche Themen</i></p> <p>Zusätzlich zu Reaktionen im Hinblick auf die Deckung der sich ändernden Bedürfnisse ihrer Kunden ist die Gruppe allgemein hinsichtlich ihres Geschäftsgebarens, der Achtung der Menschenrechte und des Umweltschutzes bestrebt, die Erwartungen der Gesellschaft, in der sie tätig ist, zu erfüllen. Der Verhaltenskodex der Gruppe legt die Grundsätze für das Verhalten nach Maßgabe der durch die Bank festgelegten Werte und Aufgaben fest.</p> <p><i>Bereiche von besonderem Interesse im Jahr 2019</i></p>
--	--	--

Vereinigtes Königreich

Am 23. Juni 2016 hat das Vereinigte Königreich ein Referendum abgehalten, das mit einem Mehrheitsvotum für einen Austritt aus der Europäischen Union („Brexit“) schloss.

Der Austrittsvertrag wurde am 22. Januar 2020 durch das britische Parlament und am 29. Januar 2020 durch das Europäische Parlament beschlossen. Folglich hat das Vereinigte Königreich die Europäische Union formell am 31. Januar 2020 verlassen. Am 1. Februar 2020 hat eine Übergangsperiode begonnen, in der die Europäische Union und das Vereinigte Königreich die Bedingungen für ihre zukünftige Beziehung vereinbaren müssen. Sie soll am 31. Dezember 2020 enden, sofern sie nicht verlängert wird. Während dieses Zeitraums wird sich das regulatorische Umfeld nicht ändern.

Die Gruppe ist über mehrere Niederlassungen und Tochterunternehmen im Vereinigten Königreich tätig. Ihr Geschäft, dass sie hauptsächlich mit Unternehmen über ihre Niederlassung der BNP Paribas SA im Vereinigten Königreich führt, ist von begrenzter Größe relativ zur Größe der Gruppe. Es enthält kein Privatkundengeschäft in diesem Land. Am 31. Dezember 2019 generierte die Bank 7,8 % ihres operativen Vorsteuergewinns im Vereinigten Königreich.

Hinsichtlich des Engagements bei Gegenparteien, deren Hauptgeschäft im Vereinigten Königreich stattfindet, stellen die Handelsobligos zum 31. Dezember 2019 5,0 % des gesamten bilanziellen und außerbilanziellen Brutto-Obligos der Gruppe dar.

Auch das Engagement in britischen Staatsanleihen beschränkt sich auf 4,0 % des Anleihenengagements im Anlagebuch.

Die in Pfund Sterling denominierte strukturelle Position der Bank in Devisenkursen und Zinssätzen ist sehr bescheiden: Die Darlehensforderungen sind niedrig und Finanzierungen in Pfund Sterling sind zum großen Teil kongruent bedeckt.

Die Gruppe hat sich auf den Brexit vorbereitet, um die Fortsetzung ihrer Tätigkeit sicherzustellen. Ihr hinsichtlich Sparten und Ländern diversifiziertes Geschäftsmodell in Europa sorgt für einen hohen Grad an Flexibilität, um sich diesem neuen Umfeld anzupassen.

In der Praxis arbeitet die Gruppe mit britischen und europäischen Aufsichtsbehörden zusammen, um die Kontinuität ihrer Betriebssysteme zu gewährleisten. Sie hat verschiedene Anpassungsmaßnahmen vorbereitet, damit Kunden im Vereinigten Königreich oder in Europa die große Palette an Bankprodukten und Dienstleistungen am Ende der Übergangsperiode weiterhin nutzen können.

Hongkong

Die seit 2017 in Hongkong zu beobachtende Wachstumsschwäche hat sich im Jahr 2019 verstärkt. Das BIP-Wachstum fiel auf unter 1 % gegenüber 3 % im Jahr 2018, infolge der kombinierten Auswirkungen des Handelskonflikts zwischen den Vereinigten Staaten und China mit der Behinderung des Außenhandels Hongkongs, dem bereits vor dem Anstieg der Handelsspannungen einsetzenden langsamen Wachstumstempo in China und den lokalen Protestbewegungen, die im zweiten Halbjahr 2019

		<p>bedeutende Folgen für die Binnennachfrage und die mit dem Tourismus befassten Segmenten hatten.</p> <p>Die Gruppe hat mehrere Niederlassungen und Tochterunternehmen in Hongkong. Ihr Geschäft, dass sie hauptsächlich mit Unternehmen über ihre Niederlassung der BNP Paribas SA in Hongkong führt, ist von begrenzter Größe im Vergleich zur Größe der Gruppe. Es enthält kein Privatkundengeschäft in diesem Land. Am 31. Dezember 2019 erzielte die Bank dort weniger als 1,6 % ihrer Erlöse.</p> <p><i>Türkei</i></p> <p>Im Jahr 2019 waren die lokalen Renten- und Devisenmärkte relativ stabil vor dem Hintergrund einer schrittweisen wirtschaftlichen Erholung. Der geopolitische Rahmen und das gesteigerte Ausfallrisiko für Unternehmen waren Faktoren, die diese zerbrechliche Erholung beeinflussten. Die im Sommer 2019 eingeführte geldpolitische Lockerung sollte die Folgen der nachlassenden Auslandsnachfrage kompensieren. Andererseits ist die Verschuldung des Privatsektors weiterhin eine der höchsten unter allen Schwellenländern.</p> <p>Die Bank ist in der Türkei in erster Linie durch ihre Tochter TEB vertreten (sie steht an zehnter Stelle im Banksegment Privatkunden, ihr Marktanteil beläuft sich auf ca. 3 %). Am 31. Dezember 2019 generierte die Gruppe 2,6 % ihres operativen Vorsteuergewinns in diesem Land. Zum 31. Dezember 2019 hatte das Institut TEB eine Solvenzkenzahl (eine „Eigenmittelquote“ oder „CAR“) von 16,95 % und lag damit über dem regulatorischen Mindestkapital.</p> <p>Im Jahr 2019 war die Bilanzliquidität der TEB-Gruppe weiterhin entspannt mit einer Liquiditätsquote („LCR“) von 229 % zum 31. Dezember 2019, gegenüber 294 % zum 31. Dezember 2018. Bei Darlehensforderungen in Höhe von 67,5 Mrd. TRY und Einlagen von 72,2 Mrd. TRY ist die Finanzierungsstruktur der TEB-Gruppe ausgeglichen.</p> <p>Hinsichtlich des Engagements bei Gegenparteien, deren Hauptgeschäft in der Türkei stattfindet, stellen die Handelsobligos zum 31. Dezember 2019 1,5 % des gesamten bilanziellen und außerbilanziellen Brutto-Obligos der Gruppe dar. Das Engagement in türkischen Staatsanleihen beschränkt sich auf 1,6 % des Anleihenengagements im Anlagebuch. Es besteht im Wesentlichen bei der TEB-Gruppe.</p> <p><i>Anderere</i></p> <p>In Asien gaben die geopolitischen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel nach, blieben jedoch in bestimmten Bereichen hoch, besonders im Nahen Osten, mit potenziell unterschiedlich hoher Beteiligung der Westmächte. Auch in Lateinamerika waren politische Spannungen zu beobachten.</p> <p>Wenngleich die möglichen Folgen dieser Risiken schwer einzuschätzen sind, könnten die betreffenden regionalen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft auf verschiedene Weise (insbesondere Vertrauen, Handelsverbindungen und Rohstoffpreise) beeinträchtigt werden.</p>
B.19/ B.5	Konzernstruktur	<p>Die BNPP ist ein führender Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen und hat in Europa vier Inlandsmärkte für das Privatkundengeschäft, und zwar in Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg. Sie ist in 71 Ländern vertreten und beschäftigt nahezu 199.000 Mitarbeiter, davon mehr als 151.000 in</p>

		Europa. Die BNPP ist die Muttergesellschaft der BNP Paribas Group (zusammen die „BNPP-Gruppe“ oder die „Gruppe“).																																																															
B.19/ B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen	Entfällt. Der Prospekt enthält keine Gewinnprognosen oder –schätzungen.																																																															
B.19/ B.10	Beschränkungen im Bestätigungsvermerk	Entfällt. Es gibt keine Einschränkungen im Prüfbericht zu den im Basisprospekt enthaltenen historischen Finanzinformationen.																																																															
B.19/ B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	<p>Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Finanzinformationen der Garantin, die den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Garantin zum 31. Dezember 2018 und zum 31. Dezember 2019 entnommen wurden.</p> <p>Die vorgenannten Abschlüsse wurden nach Internationalen Rechnungslegungsstandards (International Financial Reporting Standards - IFRS) aufgestellt.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="3">Jährliche Finanzdaten für den Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2019 im Vergleich zum Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2018 - in Mio. EUR</th> </tr> <tr> <th></th> <th>31.12.2019 (geprüft)</th> <th>31.12.2018 (geprüft)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Umsatzerlöse</td> <td>44.597</td> <td>42.516</td> </tr> <tr> <td>Risikokosten</td> <td>(3.203)</td> <td>(2.764)</td> </tr> <tr> <td>Konzernanteil am Jahresüberschuss</td> <td>8.173</td> <td>7.526</td> </tr> </tbody> </table> <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="3">Jährliche Finanzdaten zum Stichtag 31. Dezember 2019 im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2018 – in Mio. EUR</th> </tr> <tr> <th></th> <th>31.12.2019 (geprüft)</th> <th>31.12.2018 (geprüft)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Bilanzsumme Konzern</td> <td>2.164.713</td> <td>2.040.836</td> </tr> <tr> <td>Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden</td> <td>805.777</td> <td>765.871</td> </tr> <tr> <td>Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden</td> <td>834.667</td> <td>796.548</td> </tr> <tr> <td>Eigenkapital (Konzernanteil)</td> <td>107.453</td> <td>101.467</td> </tr> </tbody> </table> <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="3">Zwischenfinanzdaten für den Dreimonatszeitraum endend am 31. März 2020 im Vergleich zum Dreimonatszeitraum endend am 31. März 2019 - in Mio. EUR</th> </tr> <tr> <th></th> <th>3M20 (ungeprüft)</th> <th>3M19 (ungeprüft)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Umsatzerlöse</td> <td>10.888</td> <td>11.144</td> </tr> <tr> <td>Risikokosten</td> <td>(1.426)</td> <td>(769)</td> </tr> <tr> <td>Konzernanteil am Jahresüberschuss</td> <td>1.282</td> <td>1.918</td> </tr> <tr> <th></th> <th>31.03.2020 (ungeprüft)</th> <th>31.12.2019 (geprüft)</th> </tr> <tr> <td>Bilanzsumme Konzern</td> <td>2.673.276</td> <td>2.164.713</td> </tr> <tr> <td>Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden</td> <td>841.099</td> <td>805.777</td> </tr> <tr> <td>Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden</td> <td>907.662</td> <td>834.667</td> </tr> <tr> <td>Eigenkapital (Konzernanteil)</td> <td>109.037</td> <td>107.453</td> </tr> </tbody> </table>	Jährliche Finanzdaten für den Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2019 im Vergleich zum Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2018 - in Mio. EUR				31.12.2019 (geprüft)	31.12.2018 (geprüft)	Umsatzerlöse	44.597	42.516	Risikokosten	(3.203)	(2.764)	Konzernanteil am Jahresüberschuss	8.173	7.526	Jährliche Finanzdaten zum Stichtag 31. Dezember 2019 im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2018 – in Mio. EUR				31.12.2019 (geprüft)	31.12.2018 (geprüft)	Bilanzsumme Konzern	2.164.713	2.040.836	Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden	805.777	765.871	Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden	834.667	796.548	Eigenkapital (Konzernanteil)	107.453	101.467	Zwischenfinanzdaten für den Dreimonatszeitraum endend am 31. März 2020 im Vergleich zum Dreimonatszeitraum endend am 31. März 2019 - in Mio. EUR				3M20 (ungeprüft)	3M19 (ungeprüft)	Umsatzerlöse	10.888	11.144	Risikokosten	(1.426)	(769)	Konzernanteil am Jahresüberschuss	1.282	1.918		31.03.2020 (ungeprüft)	31.12.2019 (geprüft)	Bilanzsumme Konzern	2.673.276	2.164.713	Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden	841.099	805.777	Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden	907.662	834.667	Eigenkapital (Konzernanteil)	109.037	107.453
Jährliche Finanzdaten für den Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2019 im Vergleich zum Zeitraum von 12 Monaten endend am 31. Dezember 2018 - in Mio. EUR																																																																	
	31.12.2019 (geprüft)	31.12.2018 (geprüft)																																																															
Umsatzerlöse	44.597	42.516																																																															
Risikokosten	(3.203)	(2.764)																																																															
Konzernanteil am Jahresüberschuss	8.173	7.526																																																															
Jährliche Finanzdaten zum Stichtag 31. Dezember 2019 im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2018 – in Mio. EUR																																																																	
	31.12.2019 (geprüft)	31.12.2018 (geprüft)																																																															
Bilanzsumme Konzern	2.164.713	2.040.836																																																															
Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden	805.777	765.871																																																															
Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden	834.667	796.548																																																															
Eigenkapital (Konzernanteil)	107.453	101.467																																																															
Zwischenfinanzdaten für den Dreimonatszeitraum endend am 31. März 2020 im Vergleich zum Dreimonatszeitraum endend am 31. März 2019 - in Mio. EUR																																																																	
	3M20 (ungeprüft)	3M19 (ungeprüft)																																																															
Umsatzerlöse	10.888	11.144																																																															
Risikokosten	(1.426)	(769)																																																															
Konzernanteil am Jahresüberschuss	1.282	1.918																																																															
	31.03.2020 (ungeprüft)	31.12.2019 (geprüft)																																																															
Bilanzsumme Konzern	2.673.276	2.164.713																																																															
Konsolidierte Kredite und Forderungen an Kunden	841.099	805.777																																																															
Konsolidierte Verbindlichkeiten an Kunden	907.662	834.667																																																															
Eigenkapital (Konzernanteil)	109.037	107.453																																																															
	Erklärung, dass sich die Aussichten der Garantin seit dem	Ausgenommen wie im Basisprospekt offengelegt, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen, die aus der Gesundheitskrise durch den Coronavirus (COVID-19) resultieren könnten, haben sich die Aussichten der Garantin seit																																																															

	Datum des letzten geprüften veröffentlichten Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben oder Beschreibung jeder wesentlichen Verschlechterung	dem 31. Dezember 2019 (als dem Ende der letzten Finanzberichtsperiode, für die geprüfte Finanzinformationen veröffentlicht worden sind) nicht wesentlich verschlechtert.
	Beschreibung wesentlicher Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition	Ausgenommen wie im Basisprospekt offengelegt, sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition der BNP Paribas Gruppe seit dem 31. März 2020 (als dem Ende der letzten Finanzberichtsperiode, für die ein Quartalsfinanzbericht der Garantin veröffentlicht worden ist) eingetreten.
B.19/ B.13	Aktuelle Entwicklungen	Entfällt. Es gibt keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Garantin seit dem 31. März 2020, die für die Bewertung der Solvenz der Garantin relevant sind.
B.19/ B.14	Abhängigkeit der Garantin von anderen Konzerngesellschaften	Soweit nicht im nachstehenden Absatz angegeben, besteht keine Abhängigkeit der BNPP von anderen Unternehmen der BNP Paribas Gruppe. Im April 2004 begann die BNPP ihre IT-Infrastruktur-Management-Dienstleistungen an das Gemeinschaftsunternehmen BNP Paribas Partners for Innovation (" BP²I ") auszulagern, das BNPP Ende 2003 gemeinsam mit IBM France gegründet hatte. BP ² I erbringt IT-Infrastruktur-Management-Dienstleistungen für BNP Paribas SA und mehrere Tochtergesellschaften von BNP Paribas in Frankreich (darunter BNP Paribas Personal Finance, BP2S und BNP Paribas Cardif), in der Schweiz und in Italien. Die Vertragsvereinbarung mit IBM France wurde erfolgreich von Jahr zu Jahr bis Ende 2021 verlängert und wird dann für eine Laufzeit von 5 Jahren (also bis Ende 2026) verlängert, um insbesondere die Cloud-Dienste von IBM zu integrieren. BP ² I unterliegt der operationalen Kontrolle durch IBM France. BNPP hat einen starken Einfluss auf dieses gemeinsam mit IBM France im Verhältnis 50/50 gehaltene Unternehmen. Das von BNPP für BP ² I abgestellte Personal stellt die Hälfte des unbefristet beschäftigten Personals dieses Unternehmens dar. Die Räumlichkeiten und Verarbeitungszentren sind Eigentum der BNPP-Gruppe und die eingerichteten Managementverfahren bieten BNPP das vertragliche Recht, das Unternehmen zu überwachen und gegebenenfalls wieder in die BNPP-Gruppe zurückzubringen. IBM Luxembourg ist für die Infrastruktur- und Datenproduktionsdienste für einige Einheiten von BNPP Luxembourg verantwortlich. Der Betrieb der BancWest-Datenverarbeitungsprozesse wurde an Fidelity Information Services ausgelagert. Der Datenverarbeitungsbetrieb von Cofinoga France ist bei IBM Services ausgelagert.

<p>B.19/ B.15</p>	<p>Geschäftstätigkeit, wichtigste Märkte, Haupttätigkeit</p>	<p>BNP Paribas besetzt Schlüsselpositionen in zwei Hauptgeschäftssparten:</p> <p>Bankgeschäfte und Dienstleistungen für Privatkunden, bestehend aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Inländische Märkte, mit <ul style="list-style-type: none"> – Privatkundengeschäft in Frankreich (<i>French Retail Banking, FRB</i>), – BNL bancacommerciale (BNL bc), Privatkundengeschäft in Italien, – Privatkundengeschäft in Belgien (<i>Belgian Retail Banking, BRB</i>), – anderen lokalen Marktaktivitäten, einschließlich Privatkundengeschäft in Luxemburg (<i>Luxembourg Retail Banking, LRB</i>); ● Internationale Finanzdienstleistungen, mit <ul style="list-style-type: none"> – Europa-Mittelmeerraum, – BancWest, – Personal Finance, – Versicherung, – Vermögens- und Anlageverwaltung; <p>Corporate and Institutional Banking (CIB), darunter:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Corporate Banking, – Global Markets, – Securities Services.
<p>B.19/ B.16</p>	<p>Wesentliche Beteiligungen und Beherrschungen</p>	<p>Keiner der bestehenden Aktionäre hat eine – weder direkte noch indirekte - Beherrschung über BNPP. Zum 31. Dezember 2019 sind die Hauptaktionäre die Société Fédérale de Participations et d'Investissement ("SFPI"), eine public-interest <i>société anonyme</i> (Aktiengesellschaft), die im Auftrag der belgischen Regierung handelt, die 7,7% des Grundkapitals hält, BlackRock Inc. mit einer Beteiligung von 5,0 % des Grundkapitals sowie das Großherzogtum Luxemburg mit einer Beteiligung von 1,0 % des Grundkapitals. Nach bestem Wissen von BNPP besitzt kein Aktionär außer SFPI und BlackRock Inc. mehr als 5 % ihres Kapitals oder ihrer Stimmrechte.</p> <p>BNP Paribas hält 100 Prozent des Stammkapitals der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH.</p>

Abschnitt C – Wertpapiere

Punkt	Beschreibung	Geforderte Angaben
C.1	Art und Gattung der angebotenen Wertpapiere, ISIN	<p>Die Wertpapiere werden in Form von Inhaberschuldverschreibungen im Sinne von § 793 BGB begeben und begründen unmittelbare und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, für die die Emittentin keine Sicherheiten bestellt hat.</p> <p>Die ISIN lautet: DE000PZ9RJF6.</p> <p>Die unter diesem Prospekt angebotenen Wertpapiere begründen die Verpflichtung der Emittentin, nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen in Abhängigkeit von der Entwicklung des jeweils zugrundeliegenden Basiswerts (wie nachstehend unter C.20 definiert) dem Wertpapierinhaber am Fälligkeitstag einen Auszahlungsbetrag zu zahlen.</p> <p>Alternativ zur Zahlung eines Auszahlungsbetrags sehen die Wertpapierbedingungen in bestimmten Fällen die Lieferung des Physischen Basiswerts vor. Für den Fall, dass eine solche Lieferung unmöglich ist, ist die Emittentin wiederum verpflichtet, statt der Lieferung des Physischen Basiswerts dem Wertpapierinhaber einen Geldbetrag zu zahlen.</p> <p>Die Wertpapiere werden während ihrer Laufzeit verzinst. Die Emittentin ist verpflichtet, nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen am jeweiligen Zinszahlungstag einen Zinsbetrag zu zahlen. Soweit die Wertpapierbedingungen dies vorsehen, hängt die Zahlung des Zinsbetrags jedoch von der Entwicklung des jeweils zugrundeliegenden Basiswerts ab.</p>
		<p>BNP Paribas S.A., Paris, Frankreich, hat als Garantin eine unbedingte und unwiderrufliche Garantie für die ordnungsgemäße Zahlung von sämtlichen nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen zahlbaren Beträgen übernommen, soweit und sobald die entsprechende Zahlung nach den Wertpapierbedingungen fällig wäre. Die Garantie begründet eine unmittelbare, nicht nachrangige Verbindlichkeit der Garantin.</p>
C.2	Währung	Die Wertpapiere werden in Euro (EUR) begeben und ausgezahlt.
C.5	Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit	<p>Entfällt.</p> <p>Die Wertpapiere sind frei übertragbar und unterliegen keinen Beschränkungen.</p>
C.8	Mit den Wertpapieren verbundene Rechte, einschließlich der Rangordnung und der Beschränkung dieser Rechte	<p><u>Mit den Wertpapieren verbundene Rechte</u></p> <p>Die Wertpapiere werden verzinst.</p> <p>Die Wertpapiere gelten in Abhängigkeit von der Entwicklung des Basiswerts als automatisch gekündigt, wenn die Voraussetzungen hierfür an einem Bewertungstag vorliegen.</p> <p>Soweit keine vorzeitige Auszahlung erfolgt ist, gelten die Wertpapiere ohne weitere Voraussetzung am Finalen Bewertungstag als ausgeübt.</p> <p><u>Rückzahlung:</u> Durch die Wertpapiere erhält der Wertpapierinhaber einen Anspruch auf Zahlung des Vorzeitigen Auszahlungsbetrages an dem jeweils festgelegten Tag nach dem für die automatische vorzeitige Auszahlung maßgeblichen Bewertungstag oder, sofern es zu keiner automatischen vorzeitigen Auszahlung gekommen ist, entweder auf Zahlung des Auszahlungsbetrages oder die Lieferung des Physischen Basiswerts am Fälligkeitstag, wie unter C.18 beschrieben.</p> <p><u>Rangordnung</u></p> <p>Die Wertpapiere begründen unmittelbare und nicht nachrangige</p>

		<p>Verbindlichkeiten der Emittentin, für die die Emittentin keine Sicherheiten bestellt hat. Die Wertpapiere stehen untereinander und mit allen sonstigen gegenwärtigen und künftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin im gleichen Rang, ausgenommen solche Verbindlichkeiten, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.</p> <p><u>Beschränkung der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte</u></p> <p>Die Emittentin ist unter bestimmten Voraussetzungen zur Anpassung der Wertpapierbedingungen berechtigt.</p> <p>Darüber hinaus kann die Emittentin berechtigt sein, bei Vorliegen eines Anpassungsereignisses in Bezug auf den Basiswert, die Wertpapiere außerordentlich zu kündigen. Im Falle einer solchen außerordentlichen Kündigung zahlt die Emittentin den Kündigungsbetrag innerhalb von vier Bankgeschäftstagen nach der Bekanntmachung der Kündigung. In diesem Fall kann der Kündigungsbetrag (wie nachstehend unter D.6 definiert) unter Umständen auch erheblich unter dem Nennwert bzw. dem für das Wertpapier gezahlten Kaufpreis liegen und bis auf Null (0) sinken (abgesehen von etwa erfolgten Zinszahlungen Totalverlust des eingesetzten Kapitals).</p>
C.11	Zulassung der Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt oder anderen gleichwertigen Märkten	<p>Entfällt. Die Wertpapiere werden nicht an einem geregelten Markt notiert.</p> <p>Die Beantragung der Einbeziehung der Wertpapiere in den Freiverkehr der Frankfurter Börse ist beabsichtigt.</p> <p>Die Einbeziehung der Wertpapiere in den Handel ist (frühestens) für den 15. Juni 2020 geplant.</p>
C.15	Beeinflussung des Anlagewertes durch den Wert des Basisinstruments	<p>Bei den vorliegenden Wertpapieren bestimmt die positive Wertentwicklung des Basiswerts, ob es zu einer automatischen vorzeitigen Auszahlung des Wertpapiers und damit zur Auszahlung des Nennwerts kommt. Sofern der Basiswert eine negative Wertentwicklung aufweist und die Barriere unterschreitet, nimmt der Anleger bei Auszahlung nach dem Finalen Bewertungstag an einer negativen Wertentwicklung des Basiswerts teil und trägt das Risiko eines wertlosen Verfalls der Wertpapiere.</p> <p>Im Fall der negativen Entwicklung des Basiswerts und falls die Barriere unterschritten wird, erfolgt die Lieferung der maßgeblichen Anzahl des Physischen Basiswerts bzw. die Zahlung des entsprechenden Gegenwerts.</p> <p>Anleger sollten beachten, dass in diesem Fall der Gegenwert des Physischen Basiswerts in der Regel den Nennwert eines Wertpapiers unterschreitet.</p> <p>Der Gegenwert des Physischen Basiswerts kann substantiell unter dem Nennwert eines Wertpapiers bzw. unter dem für ein Wertpapier gezahlten Kaufpreis liegen und bis auf Null (0) sinken. In diesem Fall kann der Wertverlust des Wertpapiers nur bedingt durch etwaige Zinszahlungen kompensiert werden. Das Wertpapier wirft dann - abgesehen von etwaigen Zinszahlungen - keinen Ertrag ab, sondern beinhaltet das Risiko des wertlosen Verfalls.</p> <p>Soweit eine Anzahl an Physischen Basiswerten zu liefern wäre, die kein ganzzahliges Vielfaches von eins (1) darstellt, erfolgt die Lieferung in derjenigen Anzahl, die ein ganzzahliges Vielfaches von eins (1) darstellt. Der noch ausstehende Restbetrag wird nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen bestimmt und als Geldbetrag ausgezahlt (Spitzenausgleichszahlung).</p> <p>Bei den vorliegenden Wertpapieren hat der Anleger einen Anspruch auf periodische Zinszahlungen, wobei die Auszahlung des jeweiligen Zinsbetrags vom jeweils maßgeblichen Stand bzw. von der Wertentwicklung des Basiswerts an dem für eine Zinszahlung</p>

		<p>maßgeblichen Zinsbewertungstag abhängig ist.</p> <p>Gemäß den Bestimmungen in den Wertpapierbedingungen erfolgt die Zinszahlung an den festgelegten Zinszahlungstagen und, soweit vorgesehen, am Tag der automatischen vorzeitigen Auszahlung oder Rückzahlung bei Fälligkeit zusammen mit dem jeweils zu zahlenden Auszahlungsbetrag bzw. zusätzlich zu dem jeweils zu liefernden Basiswert, sofern die Voraussetzungen für die Zinszahlung vorliegen.</p>
C.16	Verfalltag oder Fälligkeitstermin der derivativen Wertpapiere	<p><u>Fälligkeitstag und Finaler Bewertungstag:</u></p> <p>Fälligkeitstag: 15. Juni 2023</p> <p>Finaler Bewertungstag: 8. Juni 2023</p>
C.17	Abrechnungsverfahren für die derivativen Wertpapiere	<p>Sämtliche Beträge bzw. Lieferungen des maßgeblichen Physischen Basiswerts werden von der Emittentin über die Zahlstelle durch Überweisung bzw. Übertragung an die CBF (Clearstream Banking AG Frankfurt oder ihre Nachfolgerin) zur Weiterleitung an die Wertpapierinhaber gezahlt bzw. veranlasst. Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung bzw. Lieferung des Physischen Basiswerts an die CBF oder zu deren Gunsten von ihrer Zahlungspflicht befreit.</p>
C.18	Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren	<p>Zahlung von Zinsen:</p> <p>Sofern der maßgebliche Beobachtungskurs des Basiswerts an dem für den jeweiligen Zinszahlungstag maßgeblichen Zinsbewertungstag den Zinszahlungslevel erreicht oder überschritten hat, ist der Wertpapierinhaber gemäß den Wertpapierbedingungen berechtigt, die Zahlung des maßgeblichen Zinsbetrags zu verlangen.</p> <p>Sofern die vorstehenden Voraussetzungen für die Zinszahlung für einen Zinszahlungstag nicht vorgelegen haben und dementsprechend die Zinszahlung an dem maßgeblichen Zinszahlungstag ausgefallen ist, so sehen die Wertpapierbedingungen vor, dass ausgefallene Zinsen zu einem nachfolgenden Zinszahlungstag bzw. am Fälligkeitstag nachgezahlt werden, wenn zu dem späteren maßgeblichen Zeitpunkt die Voraussetzungen für eine Zinszahlung vorliegen.</p> <p>"Zinsbetrag": Der jeweilige Zinsbetrag entspricht einem festen Betrag von EUR 15,50 je Wertpapier.</p> <p>Automatische vorzeitige Auszahlung der Wertpapiere:</p> <p>Wenn an einem Bewertungstag, mit Ausnahme des Finalen Bewertungstags, die Voraussetzungen für eine automatische vorzeitige Auszahlung der Wertpapiere vorliegen, erfolgt die Zahlung des Vorzeitigen Auszahlungsbetrags am darauffolgenden Automatischen Vorzeitigen Auszahlungstag. Der Vorzeitige Auszahlungsbetrag errechnet sich wie folgt:</p> <p>Wenn an einem Bewertungstag, mit Ausnahme des Finalen Bewertungstags, der maßgebliche Beobachtungskurs den jeweiligen Vorzeitigen Auszahlungslevel erreicht oder überschreitet, gelten die Wertpapiere als gekündigt, ohne dass es einer weiteren Voraussetzung bedarf und die Emittentin wird einen Vorzeitigen Auszahlungsbetrag pro Wertpapier bestimmen, der dem Nennwert entspricht.</p> <p>Zuzüglich zu dem zahlbaren Vorzeitigen Auszahlungsbetrag erfolgt gegebenenfalls die Zahlung des vorstehend beschriebenen Zinsbetrags, sofern die Voraussetzungen für die Zinszahlung erfüllt sind.</p> <p>Rückzahlung nach dem Finalen Bewertungstag:</p> <p>Sofern keine Automatische Vorzeitige Auszahlung der Wertpapiere erfolgt ist, werden die Wertpapiere durch die Zahlung des Auszahlungsbetrages in der Auszahlungswährung pro Wertpapier bzw. die Lieferung des maßgeblichen Physischen Basiswerts am Fälligkeitstag wie folgt an den</p>

		<p>Wertpapierinhaber zurückgeführt:</p> <p>(1) Wenn kein Barrieren-Ereignis eingetreten ist, wird die Emittentin nach dem Finalen Bewertungstag einen Auszahlungsbetrag pro Wertpapier bestimmen, der dem Nennwert entspricht.</p> <p>(2) Wenn ein Barrieren-Ereignis eingetreten ist, wird die Emittentin am Fälligkeitstag den Physischen Basiswert liefern. In diesem Fall wird pro Wertpapier der Physische Basiswert in einer durch das Bezugsverhältnis ausgedrückten Anzahl bestimmt und nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen geliefert.</p> <p>Soweit eine Anzahl von Physischen Basiswerten zu liefern wäre, die kein ganzzahliges Vielfaches von eins (1) darstellen würde, erfolgt die Lieferung in der Anzahl, die ein ganzzahliges Vielfaches von eins (1) darstellt; der Restbetrag wird in der Referenzwährung bestimmt ("Spitzenausgleichszahlung") und in der Auszahlungswährung ausgezahlt.</p> <p>Die Spitzenausgleichszahlung je Wertpapier errechnet sich, indem der Nachkommastellenwert des Bezugsverhältnisses mit dem Referenzpreis multipliziert wird.</p> <p>Sollte die Lieferung nach Maßgabe der Wertpapierbedingungen unmöglich sein, hat die Emittentin das Recht, statt der Lieferung einen Geldbetrag in der Auszahlungswährung bzw. den Gegenwert des zu liefernden Physischen Basiswerts zu bezahlen, der aus der Multiplikation des Bezugsverhältnisses mit dem Referenzpreis ermittelt wird.</p> <p>Zuzüglich zur Lieferung des Physischen Basiswerts und gegebenenfalls Zahlung der Spitzenausgleichszahlung bzw. des Gegenwerts erfolgt gegebenenfalls die Zahlung des vorstehend beschriebenen Zinsbetrags, sofern die Voraussetzungen für die Zinszahlung erfüllt sind.</p> <p>Ist die Lieferung des Physischen Basiswerts gemäß den Bestimmungen der Wertpapierbedingungen unmöglich und ist der ermittelte Gegenwert des Physischen Basiswerts Null (0), erfolgt keinerlei Zahlung eines Auszahlungsbetrags. Das Wertpapier verfällt - abgesehen von etwaigen Zinszahlungen - wertlos.</p>
C.19	Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts	<p>Der endgültige Referenzpreis eines jeden Wertpapiere ist der jeweils festgestellte Preis bzw. Kurs des Basiswerts am maßgeblichen Bewertungstag.</p> <p>Vorbehaltlich etwaiger Anpassungs- und Störungsregeln, ist der Referenzpreis der am Finalen Bewertungstag von der Referenzstelle als offizieller Schlusskurs festgestellte und veröffentlichte Kurs des Basiswerts.</p>
C.20	Art des Basiswerts/ Ort, an dem Informationen über den Basiswert erhältlich sind	<p>Art des Basiswerts (der "Basiswert") : Aktie</p> <p>Der Basiswert und die entsprechende Internetseite, auf der Informationen über den Basiswert zum Datum der Endgültigen Angebotsbedingungen der Wertpapiere erhältlich sind:</p> <p>Vinkulierte Namens-Stammaktie der Deutsche Lufthansa AG;</p> <p>ISIN des Basiswerts: DE0008232125;</p> <p>Bloomberg Code des Basiswerts: LHA GY Equity;</p> <p>Referenzstelle des Basiswerts: Deutsche Börse AG (XETRA)</p> <p>Währung des Basiswerts ("Referenzwährung") : EUR</p> <p>Internetseite: www.lufthansagroup.com</p>

Abschnitt D – Risiken

Punkt	Beschreibung	Geforderte Angaben
D.2	Wesentliche Risiken in Bezug auf die Emittentin und die Garantin	<p>Sollten sich eines oder mehrere der nachstehend genannten Risiken realisieren, kann dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Fähigkeiten der Emittentin, ihren Verpflichtungen im Rahmen der Wertpapiere gegenüber den Anlegern nachzukommen, und auf den Wert der Wertpapiere bzw. die Fähigkeit der Garantin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Garantie haben. Anleger sind damit dem Risiko ausgesetzt, dass sie bei Eintritt eines oder mehrerer der nachstehend genannten Risiken erhebliche Verluste bis hin zum Totalverlust des von ihnen eingesetzten Kapitals erleiden.</p> <p>Bei den nachfolgenden Risikofaktoren handelt es sich um die wesentlichen Risikofaktoren, die der Emittentin eigen sind:</p> <p><i>Insolvenzrisiko</i></p> <p>Jeder Anleger trägt, vorbehaltlich einer etwaigen Garantie der BNP Paribas S.A. als Garantin für die ordnungsgemäße Zahlung von sämtlichen Beträgen, die nach Maßgabe der durch die BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH ausgegebenen Wertpapiere zahlbar sind, das Risiko einer Insolvenz der Emittentin. Eine Insolvenz kann eintreten, wenn die Emittentin zahlungsunfähig oder überschuldet ist.</p> <p>Im Falle der Insolvenz der Emittentin besteht für die Wertpapierinhaber, vorbehaltlich einer etwaigen Garantie der BNP Paribas S.A. das Risiko des Totalverlusts des für den Kauf der Wertpapiere Aufgewendeten Kapitals sowie des Wegfalls von Zinszahlungen oder anderen Ertragszahlungen, soweit solche Zahlungen unter den Wertpapieren vorgesehen sind.</p> <p>Eine Insolvenz der Emittentin kann trotz des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages mit BNP Paribas S.A. eintreten, da auch ein etwaiger Anspruch der Emittentin auf Ausgleich des Jahresfehlbetrags eine akute Zahlungsunfähigkeit der Emittentin - und damit den Eintritt der Insolvenz – nicht verhindert. Im Falle der Insolvenz der Emittentin kann der Insolvenzverwalter den bei der Emittentin entstandenen Jahresfehlbetrag gemäß § 302 Abs. 1 Aktiengesetz ("AktG") gegen BNP Paribas S.A. geltend machen. Dieser Anspruch beläuft sich nur auf den bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens bei der Emittentin entstehenden Fehlbetrag; eine entsprechende Zahlung durch die BNP Paribas S.A. geht in die Insolvenzmasse der Emittentin.</p> <p>Wird gegen die Emittentin ein Insolvenzverfahren eröffnet, können Wertpapierinhaber ihre Ansprüche gegen die Emittentin nur noch nach Maßgabe der Insolvenzordnung zur Insolvenztabelle anmelden. Wertpapierinhaber erhalten dann einen Geldbetrag aus der Insolvenzmasse der Emittentin, der sich nach der Höhe der sogenannten Insolvenzquote bemisst. Solch ein Geldbetrag</p>

erreicht in der Regel nicht annähernd die Höhe des Aufgewendeten Kapitals. Eine Absicherung gegen das Insolvenzrisiko durch den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH oder vergleichbare Einrichtungen besteht für die Wertpapiere nicht.

Die Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz der Emittentin und das tatsächliche Ausmaß, in dem Wertpapierinhaber ihr für den Kauf der Wertpapiere Aufgewendetes Kapital verlieren, hängt im Wesentlichen davon ab, ob die BNP Paribas S.A. ihre Verpflichtungen gegenüber der Emittentin unter dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag bzw. gegebenenfalls gegenüber den Wertpapierinhabern unter einer etwaigen Garantie rechtzeitig und in vollem Umfang erfüllt. Anleger, die in die von der Emittentin ausgegebenen Wertpapiere investiert haben, sind daher dem Risiko ausgesetzt, dass sie im Fall der Insolvenz der Emittentin einen Totalverlust des von ihnen Aufgewendeten Kapitals erleiden.

Marktrisiko

Die Haupttätigkeit der Emittentin besteht in der Begebung von Wertpapieren. Die Tätigkeit der Emittentin und ihr jährliches Emissionsvolumen werden durch negative Entwicklungen an den Märkten beeinflusst, an denen sie ihre Geschäftstätigkeit ausübt. Eine schwierige gesamtwirtschaftliche Situation kann zu einem niedrigeren Emissionsvolumen führen.

Die allgemeine Marktentwicklung von Wertpapieren hängt dabei insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte ab, die ihrerseits von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern beeinflusst werden (sog. Marktrisiko). Eine negative Entwicklung der Kapitalmärkte könnte zu einem Rückgang der Nachfrage nach den von der Emittentin begebenen Wertpapieren führen und damit die Ertragslage der Emittentin wesentlich negativ beeinflussen, da die wesentliche Geschäftsaktivität der Emittentin aus dem Begeben von Wertpapieren besteht.

Wertpapierinhaber sollten dabei beachten, dass sich dieses Marktrisiko grundsätzlich umso eher verwirklicht, je schlechter sich die maßgeblichen Kapitalmärkte entwickeln. Sofern sich das Marktrisiko verwirklicht können Anleger, die in die von der Emittentin ausgegebenen Wertpapiere investiert haben, einen Totalverlust des von ihnen für die Wertpapiere Aufgewendeten Kapitals erleiden.

Besondere Risiken auf Grund der Beziehung zwischen der Emittentin und der BNP Paribas S.A. als Garantin

Risiko der Nichterfüllung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags durch die BNP Paribas S.A.

Zwischen BNP Paribas S.A. und BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH besteht ein Beherrschungs- und

Gewinnabführungsvertrag. Danach ist die BNP Paribas S.A. insbesondere verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag sonst entstehenden Jahresfehlbetrag der Emittentin auszugleichen.

Anleger, die in die von der Emittentin ausgegebenen Wertpapiere investiert haben, sind daher dem Risiko ausgesetzt, dass die Emittentin, sofern BNP Paribas S.A. ihre Verpflichtungen gegenüber der Emittentin unter dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag nicht, nicht in vollem Umfang oder nicht rechtzeitig erfüllt, ihren Verpflichtungen gegenüber den Wertpapierinhaber nicht, nicht in vollem Umfang oder nicht rechtzeitig erfüllen kann. In diesem Fall können Wertpapierinhaber gegebenenfalls einen Totalverlust des von ihnen für die Wertpapiere Aufgewendeten Kapitals erleiden.

Risiko nachteiliger Weisungen durch BNP Paribas S.A. auf Grundlage des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags

Auf der Grundlage des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags kann BNP Paribas S.A. der Emittentin alle ihr zweckdienlich erscheinenden Weisungen erteilen, darunter gegebenenfalls auch für die Gesellschaft als Emittentin der Wertpapiere nachteilige Weisungen. So könnte die BNP Paribas S.A. die Emittentin insbesondere anweisen, bestimmte Ermessensspielräume in den Bedingungen der von der Emittentin ausgegebenen Wertpapiere zu nutzen. Die Emittentin wäre dann gegebenenfalls auf Grund der Weisung der BNP Paribas S.A. verpflichtet, die Wertpapiere in Übereinstimmung mit den Wertpapierbedingungen zu kündigen, obgleich auf Grundlage der jeweiligen Wertpapierbedingungen (alternativ) auch eine Weiterführung der Wertpapiere möglich gewesen wäre.

Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass BNP Paribas S.A. auf Grundlage des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags Weisungen an BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH als Emittentin der Wertpapiere erteilt, die sich nachteilig auf die Fähigkeit der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH, ihren Verpflichtungen unter den Wertpapieren nachzukommen, auswirken können.

Eine Erteilung nachteiliger Weisungen und die damit verbundenen vorstehenden Risiken sind nicht zuletzt abhängig von der Liquidität der BNP Paribas S.A. Dies bedeutet, dass eine Verschlechterung der Liquidität der BNP Paribas S.A. die Wahrscheinlichkeit einer Erteilung nachteiliger Weisungen erhöhen kann.

Anleger, die in die von der Emittentin ausgegebenen Wertpapiere investiert haben, sind daher dem Risiko ausgesetzt, dass sie im Fall nachteiliger Weisungen der BNP Paribas S.A. an die Emittentin einen Totalverlust des von ihnen für die Wertpapiere Aufgewendeten Kapitals erleiden.

Risiken im Zusammenhang mit einer möglichen Anwendbarkeit des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes auf

die Emittentin sowie einer Anwendung entsprechender französischer Regelungen auf BNP Paribas S.A. bzw. die BNP Paribas Gruppe

Das am 1. Januar 2015 in Kraft getretene Sanierungs- und Abwicklungsgesetz ("**SAG**") setzt die Europäische Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Richtlinie 2014/59/EU, "**Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie**") in deutsches Recht um und stattet die zuständige Abwicklungsbehörde nach dem SAG mit bestimmten Befugnissen zur Bankensanierung und -abwicklung aus.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bestimmungen des SAG auf die Emittentin anzuwenden sind. Sofern die Bestimmungen des SAG anwendbar sind und die weiteren im SAG vorgesehenen Voraussetzungen vorliegen, könnte durch die Entscheidung der BaFin als zuständige Abwicklungsbehörde insbesondere ein etwaiger Nennbetrag der von der Emittentin begebenen Wertpapiere bis auf null herabgesetzt werden; Zinszahlungen unter den Wertpapieren können entfallen. Die zuständige Abwicklungsbehörde könnte die Abwicklungsmaßnahmen bereits vor einer Insolvenz der Emittentin vornehmen.

Die Wertpapierinhaber sind dem Risiko ausgesetzt, sämtliche ihrer Ansprüche aus den durch die Emittentin ausgegebenen Wertpapieren zu verlieren. Insbesondere können sie ihre Ansprüche auf Einlösung bzw. Tilgung der Wertpapiere sowie auf Zinszahlungen oder andere Ertragszahlungen, soweit solche Zahlungen vorgesehen sind, verlieren.

Zudem können Maßnahmen, die in Bezug auf BNP Paribas S.A. (in ihrer Funktion als unter dem bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ausgleichsverpflichtete Vertragspartei) bzw. die BNP Paribas Gruppe in Frankreich gemäß der Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie in französisches Recht getroffen werden, mittelbar negative Auswirkungen auf die Emittentin haben. Anleger sind damit auch dem Risiko ausgesetzt, dass BNP Paribas S.A. ihre Verpflichtungen aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag – beispielsweise im Falle einer Insolvenz (Zahlungsunfähigkeit / Überschuldung) oder einer behördlichen Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen nach französischem Recht – nicht erfüllen kann. Eine behördliche Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen durch die zuständige Abwicklungsbehörde kann im Falle einer Bestandsgefährdung der BNP Paribas S.A. auch im Vorfeld eines Insolvenzverfahrens ergehen. Dabei stehen der Abwicklungsbehörde in Bezug auf BNP Paribas S.A. umfangreiche Eingriffsbefugnisse zu, die nachteilige Auswirkungen auf Anleger in die Wertpapiere der Emittentin haben können. So kann beispielsweise im Fall einer Bestandsgefährdung der BNP Paribas S.A. nicht ausgeschlossen werden, dass etwaig bestehende Ansprüche, die sich auf Grund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags gegen BNP Paribas S.A. richten,

von der zuständigen Abwicklungsbehörde bis auf Null herabgesetzt oder in Aktien der BNP Paribas S.A. umgewandelt werden.

Diese Maßnahmen der zuständigen Abwicklungsbehörde wirken sich nachteilig auf die Fähigkeit der BNP Paribas S.A., ihren Verpflichtungen unter der Garantie in Bezug auf die von der Emittentin ausgegebenen Wertpapiere und unter dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Emittentin nachzukommen – und damit auch auf die Liquidität der Emittentin – aus. Bei einer vorübergehenden oder dauerhaften Zahlungsunfähigkeit der Emittentin können Abwicklungsmaßnahmen gegen die BNP Paribas S.A. sogar zu einem Totalverlust des von ihnen Aufgewendeten Kapitals führen.

Kündigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages

Zwischen BNP Paribas S.A. und der Emittentin besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Die Kündigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages kann sich nachteilig auf die Liquidität der Emittentin – und damit auch den Wert der von ihr ausgegebenen Wertpapiere – auswirken.

Im Fall der Beendigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags besteht typischerweise die Gefahr, dass die Emittentin als ehemals beherrschte Gesellschaft aufgrund ihres nun geänderten Finanzierungsbedarfs nicht mehr eigenständig am Markt agieren kann. Die Gläubiger der Emittentin haben daher bei Beendigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags einen Anspruch auf Sicherheitsleistung aus § 303 Abs. 1 AktG gegen die BNP Paribas S.A.. Danach hat jeder Wertpapierinhaber, dessen Forderung noch unter Geltung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags entstanden ist, das Recht, innerhalb von sechs Monaten nach Eintragung der Beendigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags in das Handelsregister von der BNP Paribas S.A. als ehemals beherrschender Gesellschaft die Leistung einer Sicherheit zu verlangen.

Nach § 303 Abs. 1 Satz 2 AktG sind die Wertpapierinhaber als Gläubiger der Emittentin in der Bekanntmachung der Eintragung der Beendigung des Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrags auf dieses Recht hinzuweisen.

Bei der in § 303 Abs. 1 AktG genannten sechs-Monats-Frist handelt es sich um eine materiell-rechtliche Ausschlussfrist. Macht ein Wertpapierinhaber nicht innerhalb der Ausschlussfrist von diesem Recht Gebrauch, verfällt sein Recht, von der BNP Paribas S.A. Sicherheitsleistung zu verlangen. In diesem Fall erhöht sich, vorbehaltlich einer etwaigen Garantie der BNP Paribas S.A. als Garantin, das Risiko des Wertpapierinhabers, dass er in Folge einer Insolvenz der Emittentin einen Totalverlust des von ihm für die Wertpapiere Aufgewendeten Kapitals erleidet.

Bei den nachfolgenden Risikofaktoren handelt es sich um die wesentlichen Risikofaktoren, die der Garantin eigen sind:

		<p>Es gibt bestimmte Faktoren, die die Fähigkeit der Garantin, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren bzw. ihre Verpflichtungen im Rahmen der Garantie zu erfüllen, beeinträchtigen könnten.</p> <p>Die Geschäftstätigkeit der BNPP ist durch sieben Hauptrisiken gekennzeichnet. Bei den in den Hauptrisiken (1) bis (4) und (6) angegebenen Beträgen in EUR handelt es sich um ungeprüfte, dem internen Rechnungswesen der Garantin entnommene Angaben.</p> <p>(1) <i>Kreditrisiko</i> – Das Kreditrisiko ist die Folge, die sich aus der Wahrscheinlichkeit ergibt, dass ein Kreditnehmer oder eine Gegenpartei seine bzw. ihre Verpflichtungen nicht gemäß den vereinbarten Bedingungen erfüllen kann. Der Ausfallwahrscheinlichkeit und die erwartete Rückzahlung des Darlehens oder Außenstands im Falle eines Ausfalls sind Schlüsselkomponenten der Bonitätsbewertung. Zum 31. Dezember 2019 beliefen sich die risikogewichteten Forderungen der Bank, die mit dieser Art Risiko behaftet waren, auf 524 Mrd. EUR.</p> <p>(2) <i>Verbriefung im Anlageportfolio</i> – Verbriefung bedeutet eine Transaktion oder ein Programm, wodurch das Kreditrisiko in Verbindung mit einem Engagement oder ein Forderungspool aufgeteilt wird. Sie hat die folgenden Merkmale:</p> <ul style="list-style-type: none"> • in der Transaktion oder dem Programm geleistete Zahlungen sind abhängig von der Performance des Engagements oder der Forderungen; • die Nachrangigkeit der Tranchen bestimmt die Verlustverteilung während der Laufzeit der Risikoübertragung. <p>Jede Zusage (einschließlich Derivate und Liquiditätslinien), die einem Verbriefungsvorgang eingeräumt wird, muss als Verbriefungsengagement behandelt werden. Die meisten dieser Zusagen werden im der Bankenaufsicht unterliegenden Anlageportfolio gehalten. Zum 31. Dezember 2019 beliefen sich die risikogewichteten Forderungen der Bank, die mit dieser Art Risiko behaftet waren, auf 11 Mrd. EUR.</p> <p>(3) <i>Gegenparteiausfallrisiko</i> – Das Gegenparteiausfallrisiko ist die Realisierung des in Finanztransaktionen, Investments und/oder Abrechnungstransaktionen zwischen Gegenparteien enthaltene Ausfallrisiko. Zu diesen Transaktionen zählen bilaterale Verträge wie beispielsweise Freiverkehr-Derivate („OTC“-Derivate) sowie Geschäfte, die über Clearingstellen abgewickelt werden. Der Umfang des Risikos kann zeitlich schwanken, in Übereinstimmung mit wechselnden Marktparametern, was dann den Ersatzwert der jeweiligen Transaktionen beeinflusst.</p> <p>Das Kontrahentenrisiko liegt in dem Ereignis, dass eine Gegenpartei seine Pflichten, der Bank den vollständigen Barwert</p>
--	--	--

		<p>der mit einer Transaktion oder einem Portfolio verbundenen Mittelflüsse, bei denen die Bank ein Nettoempfänger ist, nicht erfüllt. Das Kontrahentenrisiko ist außerdem mit den Kosten für den Ersatz eines Derivats oder Portfolios bei Ausfall der Gegenpartei verbunden. Daher kann es bei Eintritt eines Ausfalls als ein Marktrisiko oder als ein bedingtes Risiko betrachtet werden. Zum 31. Dezember 2019 beliefen sich die risikogewichteten Forderungen der Bank, die mit dieser Art Risiko behaftet waren, auf 30 Mrd. EUR.</p> <p>(4) <i>Marktrisiko</i> – Marktrisiko ist das Risiko, einen Wertverlust infolge nachteiliger Trends bei den Marktpreisen oder Marktkursen oder Parametern zu erleiden, die direkt beobachtbar sein können oder nicht.</p> <p>Beobachtbare Marktparameter beinhalten unter anderem Wechselkurse, Preise für Wertpapiere und Rohstoffe (ob notiert oder unter Bezugnahme auf einen ähnlichen Vermögenswert erhalten), Preise für Derivate und sonstige Parameter, die sich direkt daraus ergeben wie beispielsweise Zinssätze, Kreditspreads, Volatilitäten und konkludente Korrelationen oder ähnliche Parameter.</p> <p>Nicht beobachtbare Faktoren sind jene anhand von Arbeitshypothesen wie in Modellen enthaltene Parameter oder anhand von statistischen oder wirtschaftlichen Analysen, nicht erfassbar auf dem Markt.</p> <p>In den Handelsbüchern für Fixed Income werden Kreditinstrumente anhand von Anleihenrenditen und Kreditspreads bewertet, die Marktparameter auf die gleiche Weise wie Zinssätze oder Wechselkurse abbilden. Das Kreditrisiko, das für die Emittentin des Schuldtitels entsteht, ist deshalb ein Bestandteil des Marktrisikos, das als Emittentenrisiko bekannt ist.</p> <p>Liquidität ist ein wichtiger Bestandteil des Marktrisikos. In Zeiten begrenzter oder keiner Liquidität dürfen Instrumente oder Waren nicht handelbar sein bzw. zu ihrem geschätzten Wert handelbar sein. Dies kann zum Beispiel infolge geringer Transaktionsvolumen, gesetzlicher Beschränkungen oder eines starken Ungleichgewichts zwischen Nachfrage und Angebot bei bestimmten Vermögenswerten entstehen.</p> <p>Das mit dem Bankgeschäft verbundene Marktrisiko umfasst die Zinssatz- und Wechselkurs-Risiken, die in den Vermittlungsdienstleistungen der Bank begründet sind. Zum 31. Dezember 2019 beliefen sich die risikogewichteten Forderungen der Bank, die mit dieser Art Risiko behaftet waren, auf 19 Mrd. EUR.</p> <p>(5) <i>Liquiditätsrisiko</i> – Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Bank aufgrund des Marktumfelds oder von Faktoren eines einzelnen Instruments (d.h., spezifisch für BNP Paribas) nicht in</p>
--	--	--

		<p>der Lage ist, ihre Zusagen innerhalb einer gegebenen Frist und zu angemessenen Kosten zu bedienen oder eine Position aufzulösen oder glattzustellen.</p> <p>Das Liquiditätsrisiko entspricht dem Risiko, dass die Gruppe nicht in der Lage ist, aktuelle oder zukünftige, planmäßige oder unvorhergesehene Bar- oder Sicherheitsverpflichtungen über alle Zeithorizonte, von kurz- bis langfristig, zu erfüllen.</p> <p>Dieses Risiko kann durch eine Reduzierung von Finanzierungsquellen, Abruf- oder Finanzierungszusagen, eine Reduzierung der Liquidität bei bestimmten Vermögenswerten oder durch einen Anstieg von Einschüssen in bar oder in der Form von Sicherheiten entstehen. Es kann sich auf die Bank selbst (Reputationsrisiko) oder auf externe Faktoren (Risiken in einigen Märkten) beziehen.</p> <p>(6) <i>Operationales Risiko</i> – Das operationale Risiko ist das Risiko des Erleidens eines Verlusts aufgrund von ungeeigneten oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aufgrund von externen Ereignissen, unabhängig davon, ob es sich um absichtliche, zufällige oder natürliche Vorgänge handelt. Die Verwaltung eines operationellen Risikos beruht auf einer Analyse der „Ursache – Ereignis – Wirkung“-Kette. Zum 31. Dezember 2019 beliefen sich die risikogewichteten Forderungen der Bank, die mit dieser Art Risiko behaftet waren, auf 69 Mrd. EUR.</p> <p>(7) <i>Versicherungsrisiken</i> – BNP Paribas Cardif ist den folgenden Risiken ausgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Marktrisiko, Risiko eines finanziellen Verlusts aufgrund nachteiliger Veränderungen der Finanzmärkte. Diese nachteiligen Veränderungen schlagen sich in Preisen oder Kursen nieder (unter anderem besonders in Wechselkursen, Anleihenkursen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen, Preisen von Derivaten, Immobilienpreisen etc.) und entstehen als Folge von Schwankungen der Zinssätze, der Kreditaufschläge, Volatilität und Korrelation; ○ Kreditrisiko, Verlustrisiko aufgrund von Schwankungen der Bonität von Emittenten von Wertpapieren, Gegenparteien und Schuldner, denen Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen ausgesetzt sind. Unter diesen Schuldnern unterscheidet man bei den Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten (insbesondere die Banken, bei denen die Gesellschaft Depots unterhält) und den Risiken im Zusammenhang mit den durch das Versicherungsgeschäft generierten Forderungen (unter anderem insbesondere Prämienbezug, Erstattungen durch Rückversicherer etc.) zwei Kategorien: „Forderungs-Kreditrisiko“ und „Verbindlichkeiten-Kreditrisiko“. ○ das versicherungstechnische Risiko ist das Risiko eines finanziellen Verlusts aufgrund eines plötzlichen, unerwarteten
--	--	--

Anstiegs von Versicherungsfällen. Je nach Art des Versicherungsgeschäfts (Leben, Nicht-Leben) kann dieses Risiko statistisch, gesamtwirtschaftlich oder verhaltensbedingt sein oder sich auf öffentliche Gesundheitsfragen oder Naturkatastrophen beziehen, und

- das operationale Risiko ist das Risiko eines Verlusts aufgrund der Untauglichkeit oder des Ausfalls interner Prozesse, IT-Ausfälle oder vorsätzliche Ereignissen von außen; sie können unfallbedingt oder durch die Natur bedingt sein. Die in dieser Definition genannten Ereignisse von außen umfassen solche, die durch Menschen oder die Natur verursacht werden.

Im allgemeineren Sinn können die Risiken, denen die BNPP-Gruppe ausgesetzt ist, aus mehreren Faktoren entstehen, die unter anderem mit Veränderungen ihres gesamtwirtschaftlichen oder aufsichtsrechtlichen Umfelds oder mit der Umsetzung ihrer Strategie, ihres Geschäftsbetriebs oder ihrer Geschäftstätigkeit zusammenhängen.

Risiken

Dieser Abschnitt fasst die wichtigsten Risiken zusammen, welchen sich BNPP derzeit ausgesetzt sieht. Sie werden in den folgenden Kategorien dargestellt: **Ausfallrisiko, Gegenpartierisiko und Verbriefungsrisiko im Bankenportfolio; Operationales Risiko; Marktrisiko; Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko; Risiken im Zusammenhang mit dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld und Marktumfeld; Aufsichtsrechtliches Risiko; Risiken im Zusammenhang mit dem Wachstum der BNPP in ihrem derzeitigen Umfeld.**

(1) Ausfallrisiko, Gegenpartierisiko und Verbriefungsrisiko im Bankenportfolio

- (a) Eine deutliche Erhöhung neuer Rückstellungen oder eine Unterdeckung in der Höhe der zuvor gestellten Rückstellungen, die einem Ausfall- und Gegenpartierisiko ausgesetzt sind, könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank auswirken.
- (b) Die Stabilität und das Verhalten anderer Finanzinstitute und Marktteilnehmer könnten nachteilige Auswirkungen auf die Bank haben.

(2) Operationales Risiko

1. Die Risikomanagementpolitik, -verfahren und -methoden der Bank könnten sie nicht erkannten oder unerwarteten Risiken aussetzen, was zu wesentlichen Verlusten führen könnte.
2. Eine Unterbrechung der Informationssysteme der Bank oder eine Verletzung dieser Systeme könnte erhebliche Kundenverluste oder zu Verlusten von Kundeninformationen führen, den Ruf der Bank beschädigen und finanzielle Verluste verursachen.

3. Das Reputationsrisiko könnte die Finanzstärke der Bank beeinträchtigen und das Vertrauen der Kunden und Gegenparteien in sie mindern.

(3) Marktrisiko

1. Der Bank könnten infolge von Marktschwankungen und Marktvolatilität erhebliche Verluste aus ihren Handels- und Anlageaktivitäten entstehen.
2. Während eines Marktabschwungs könnte die Bank niedrigere Erlöse aus Makler- und sonstigen Provisionen sowie gebührenbasierten Geschäften erzielen.
3. Anpassungen im Buchwert des Wertpapier- und Derivate-Portfolios der Bank und ihrer eigenen Verbindlichkeiten könnten nachteilige Folgen für ihren Nettoertrag und das Eigenkapital haben.

(4) Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

1. Der Zugriff der Bank auf Finanzmittel sowie die damit verbundenen Kosten könnten durch ein Wiederaufleben von Finanzkrisen, sich verschlechternde Wirtschaftsbedingungen, Rating-Herabstufungen, steigende Risikoaufschläge bei Staatsanleihen oder andere Faktoren nachteilig beeinflusst werden.
2. Langfristige Marktrückgänge könnten die Liquidität der Bank reduzieren, wodurch es schwieriger wird, Vermögenswerte zu verkaufen, was möglicherweise zu erheblichen Verlusten führen könnte. Daher muss die Bank sicherstellen, dass ihre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sich korrekt decken, um das Risiko von Verlusten zu vermeiden.
3. Eine Herabstufung der Kreditratings der Bank könnten ihre Ertragskraft schwer belasten.

(5) Risiken im Zusammenhang mit dem gesamtwirtschaftlichen und Marktumfeld

1. Ungünstige wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen haben in der Vergangenheit Folgen für die Bank und die Märkte, in denen sie tätig ist, gehabt und können dies auch in Zukunft haben.
2. Erhebliche Zinsänderungen könnten sich nachteilig auf die Umsatzerlöse und die Profitabilität der Bank auswirken. Das lang andauernde Niedrigzinsumfeld enthält inhärente systemische Risiken, die sich auf die Erträge oder Ertragskraft der Bank auswirken können; auch der Austritt aus einem solchen Umfeld wäre mit Risiken behaftet.
3. Angesichts der globalen Reichweite ihrer Tätigkeit kann die Bank in einigen Ländern, in denen sie tätig ist, für bestimmte politische, gesamtwirtschaftliche oder finanzielle Risiken in diesen Ländern

		<p>und Regionen sein.</p> <p>(6) Aufsichtliches Risiko</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gesetze und Verordnungen, die in den letzten Jahren umgesetzt wurden, insbesondere als Reaktion auf die globale Finanzkrise, sowie neue Gesetzesvorhaben, könnten wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Bank und das Finanz- und Wirtschaftsumfeld haben, in dem sie tätig ist. 2. Gegen die Bank können erhebliche Geldbußen und andere Verwaltungssanktionen und Verurteilungen wegen der Nichteinhaltung geltender Gesetze und Verordnungen verhängt werden. Der Bank können außerdem Verluste durch diesbezügliche (oder andere) Rechtsstreite mit privaten Parteien entstehen. 3. Die Bank könnte eine ungünstige Änderung von Umständen erfahren, durch die sie einem Beschlussverfahren unterzogen werden könnte. Inhaber von Wertpapieren der Bank könnten dadurch einen Verlust erleiden. <p>(7) Risiken im Zusammenhang mit dem Wachstum der Bank in ihrem derzeitigen Umfeld</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Epidemien und Pandemien, insbesondere die aktuelle Coronavirus-Pandemie (COVID-19) und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen, können sich nachteilig auf das Geschäft, den Betrieb, die Ergebnisse und die Finanzlage der Bank auswirken. 2. Ein Scheitern der Umsetzung ihrer strategischen Planung oder des Erreichens ihrer veröffentlichten finanziellen Ziele könnte den Handelspreis ihrer Wertpapiere beeinträchtigen. 3. Die Bank könnte im Zusammenhang mit der Integration von übernommenen Gesellschaften Schwierigkeiten ausgesetzt sein und könnte nicht in der Lage sein, die aus den Übernahmen erwarteten Vorteile zu realisieren. 4. Das derzeitige Umfeld der Bank könnte durch den intensiven Wettbewerb zwischen Banken und Nichtbanken beeinträchtigt werden, was die Erlöse und Ertragskraft der Bank beeinträchtigen könnte. 5. Die Bank könnte Betriebsunterbrechungen und Verluste aufgrund von mit dem Klimawandel verbundenen Risiken, etwa Übergangsrisiken, physischen Risiken oder Haftungsrisiken, erleiden. 6. Veränderungen in bestimmten Positionen in Kredit- und Finanzinstituten könnten sich auf die Finanzlage der Bank auswirken.
D.6	Zentrale Risiken bezogen auf die Wertpapiere	Ein Anleger in die Wertpapiere sollte beachten, dass er sein eingesetztes Kapital ganz oder teilweise verlieren kann.

Bei den nachfolgenden Risikofaktoren handelt es sich um die wesentlichen Risikofaktoren, die den Wertpapieren eigen sind:

Basiswert

Der Wertpapierinhaber trägt das Verlustrisiko im Falle einer ungünstigen Kursentwicklung des zugrundeliegenden Basiswerts. Geschäfte, mit denen Verlustrisiken aus den Wertpapieren ausgeschlossen oder eingeschränkt werden sollen (Absicherungsgeschäfte), können möglicherweise nicht oder nur zu einem verlustbringenden Preis getätigt werden.

Die Wertpapiere verbriefen über die gemäß den Bestimmungen der Wertpapierbedingungen erfolgenden Zinszahlungen hinaus keinen Anspruch auf Zahlung von Dividenden, Ausschüttungen oder ähnlichen Beträgen. Mögliche Wertverluste der Wertpapiere können daher nur bedingt durch laufende Erträge der Wertpapiere kompensiert werden. Soweit die Wertpapierbedingungen die Zahlung von Zinsen in Abhängigkeit von der Wertentwicklung des Basiswerts vorsehen und die Voraussetzungen hierfür zu keinem maßgeblichen Zeitpunkt vorliegen, scheidet eine (zumindest teilweise) Kompensation von Verlusten vollständig aus.

Kursänderungen des Basiswerts (oder auch schon das Ausbleiben einer erwarteten Kursänderung) können den Wert der Wertpapiere bis hin zur Wertlosigkeit mindern. Es besteht dann das Risiko eines Verlusts, der dem gesamten für die Wertpapiere gezahlten Kaufpreis entsprechen kann, einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten.

Für den Fall, dass kein Sekundärmarkt für die Wertpapiere zustande kommt, kann die dann fehlende Liquidität im Handel der Wertpapiere unter Umständen zu einem Verlust bis hin zum Totalverlust führen.

Risiko bei physischer Lieferung

Im Falle der Lieferung eines Physischen Basiswerts trägt der Wertpapierinhaber das Risiko, dass sich in der Lieferzeit der Kurs des zu liefernden Basiswerts verschlechtert. Ein solcher negativer Kursverlauf kann dazu führen, dass der Wert des Physischen Basiswerts Null (0) beträgt. Ein solches Wertminderungsrisiko besteht auch beim Halten des Physischen Basiswerts.

Vorzeitige Beendigung

Im Falle einer in den Wertpapierbedingungen vorgesehenen außerordentlichen Kündigung der Wertpapiere durch die Emittentin zahlt die Emittentin an jeden Wertpapierinhaber einen Betrag je Wertpapier ("**Kündigungsbetrag**"), der als angemessener Marktpreis des Wertpapieres unmittelbar vor dem zur Kündigung berechtigenden Ereignis festgelegt wird. Dabei wird der angemessene Marktpreis des Wertpapieres gemäß den Wertpapierbedingungen von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (§ 317 BGB) festgelegt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen (§ 317 BGB) als angemessen festgelegte Marktpreis des Wertpapieres von einem durch einen Dritten festgelegten Marktpreis von auf den Basiswert bezogenen vergleichbaren Optionen oder Wertpapieren abweicht.

Unter Umständen kann der Kündigungsbetrag auch erheblich unter dem für das Wertpapier gezahlten Kaufpreis bzw. dem Nennwert liegen und bis auf **Null (0)** sinken (**Totalverlust** des eingesetzten Kapitals).

Abhängigkeit vom Basiswert

Wenn der für die Barrierenbetrachtung maßgebliche Kurs des Basiswerts gemäß den Wertpapierbedingungen die Barriere unterschritten hat, kann der Auszahlungsbetrag bzw. der Gegenwert des zu liefernden Physischen Basiswerts, abhängig von der Entwicklung des jeweils zugrundeliegenden Basiswerts, substantiell unter den für ein Wertpapier gezahlten Kaufpreis

sinken. Das Wertpapier wirft dann (abgesehen von etwaigen Zinszahlungen) keinen Ertrag ab, sondern beinhaltet das Risiko des Totalverlustes des eingesetzten Betrages bzw. eines Verlusts, der nahezu dem gesamten für ein Wertpapier gezahlten Kaufpreis entspricht.

Sehen die Wertpapierbedingungen die Zahlung eines Zinsbetrags in Abhängigkeit von der Entwicklung des Basiswerts vor und liegen zu einem für die Zahlung des Zinsbetrags maßgeblichen Zeitpunkt die jeweiligen Voraussetzungen für die Zahlung des Zinsbetrags nicht vor, so entfällt die Zahlung des Zinsbetrags für den maßgeblichen Zinszahlungstag komplett.

Sofern die Wertpapierbedingungen bestimmen, dass gegebenenfalls ausgefallene Zinsbeträge zu späteren Zeitpunkten bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen nachgezahlt werden (Memory-Effekt), sollte der Erwerber der Wertpapiere beachten, dass im Hinblick auf etwaige nachträglich gezahlte Zinsbeträge eine Verzinsung für den Zeitraum seit ihrem ursprünglich vorgesehenen Zahlungstermin nicht erfolgt.

Der Auszahlungsbetrag, den der Wertpapierinhaber erhalten kann, ist nach oben begrenzt. Der Wertpapierinhaber trägt daher das Risiko, nicht vollständig von einer günstigen Wertentwicklung des Basiswerts zu profitieren.

Automatische vorzeitige Auszahlung

Die Erwerber der Wertpapiere sollten sich bewusst sein, dass die Wertpapiere bei einer bestimmten Entwicklung des Basiswerts an einem Bewertungstag, mit Ausnahme des Finalen Bewertungstags, automatisch, ohne dass es der Erfüllung einer weiteren Voraussetzung bedarf, als gekündigt gelten. Im Fall der automatischen vorzeitigen Auszahlung spielt die weitere Entwicklung des Basiswerts keine Rolle mehr. Mit der Zahlung des Vorzeitigen Auszahlungsbetrags erlöschen sämtliche Rechte aus den Wertpapieren und es erfolgen keine weiteren Zahlungen.

Risiken im Zusammenhang mit der Garantie

Im Zusammenhang mit der Garantie besteht das Risiko, dass (i) die Fähigkeit der Garantin, ihren Verbindlichkeiten unter der Garantie nachzukommen, im Falle einer Anwendung des allgemeinen Bail-in-Instruments gemäß der Umsetzung der Richtlinie 2014/59/EU in Frankreich zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen gegenüber der Garantin beeinträchtigt sein könnte, und dass (ii) die Wertpapierinhaber in ihrer Eigenschaft als Begünstigte der Garantie im Fall der Anwendung des allgemeinen Bail-in-Instruments gegenüber der Garantin von einer Herabschreibung der Wertpapiere (gegebenenfalls bis auf Null (0)) oder deren Umwandlung in Eigenkapital der Garantin betroffen sein können, falls sie gemäß den Bestimmungen der Garantie von der Garantin die Zahlung von unter der Garantie zahlbaren Beträgen verlangen. Durch diese Maßnahmen können die Wertpapierinhaber ihren Anspruch gegen die Garantin ganz oder teilweise verlieren.

Weitere Risiken

Im Übrigen bestehen unter anderem noch folgende Risiken, die sich negativ auf den Wert des Wertpapiers und entsprechend nachteilig auf den Ertrag des Anlegers bis hin zum Totalverlust auswirken können:

- Die Investition in die Wertpapiere stellt keine Direktinvestition in den Basiswert dar. Kursänderungen des Basiswerts (oder das Ausbleiben von erwarteten Kursänderungen) können eine negative Wertveränderung der Wertpapiere zur Folge haben.
- Provisionen und andere Transaktionskosten führen zu

		<p>Kostenbelastungen des Wertpapierinhabers, die zu einem Verlust unter den Wertpapieren führen können.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verschiedenste Einflussfaktoren wie z.B. Änderungen des Marktzinsniveaus, die Politik der Zentralbanken, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die Inflation und unternehmensspezifische Faktoren hinsichtlich der Emittentin wirken sich auf den Kurs der Wertpapiere aus. Diese Faktoren können dazu führen, dass der Kurs der Wertpapiere während der Laufzeit unter den Nennwert bzw. den Kaufpreis fällt und der Anleger im Fall einer Veräußerung vor Fälligkeit einen Verlust erleidet. • Es kann nicht darauf vertraut werden, dass während der Laufzeit Geschäfte abgeschlossen werden können, durch die die Verlustrisiken aus den Wertpapieren ausgeschlossen oder eingeschränkt werden können. Unter Umständen können solche Geschäfte nicht oder nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, so dass für den Anleger ein entsprechender Verlust entsteht. • Wenn der Anleger den Erwerb der Wertpapiere mit Kredit finanziert, muss er beim Nichteintritt seiner Erwartungen nicht nur den eingetretenen Verlust hinsichtlich des Wertpapiers hinnehmen, sondern er muss auch den Kredit verzinsen und zurückzahlen. Dadurch erhöht sich sein Verlustrisiko erheblich. • Die Emittentin beabsichtigt, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Wertpapiere einer Emission stellen zu lassen. Es ist aber nicht gewährleistet, dass die Wertpapiere während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs erworben oder veräußert werden können. • Es besteht ein Wiederanlagerisiko des Wertpapierinhabers im Fall einer automatischen vorzeitigen Auszahlung oder einer außerordentlichen Kündigung durch die Emittentin. • Es besteht das Risiko einer negativen Wertbeeinflussung der Wertpapiere durch Marktstörungen. Weiterhin ist zu beachten, dass eine Marktstörung gegebenenfalls die Zahlung des jeweils geschuldeten Betrags an den Anleger verzögern kann. • Jedes Anpassungsereignis stellt ein Risiko der Anpassung oder der Beendigung der Laufzeit der Wertpapiere dar, welches negative Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere haben kann. Im Hinblick auf Anpassungen ist weiterhin zu beachten, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich die einer Anpassungsmaßnahme zugrundeliegenden Einschätzungen im Nachhinein als unzutreffend erweisen und sich die Anpassungsmaßnahme später als für den Wertpapierinhaber unvorteilhaft herausstellt. • Es besteht für den Wertpapierinhaber das Risiko, dass jeder Verkauf, Kauf oder Austausch der Wertpapiere Gegenstand einer Besteuerung mit einer Finanztransaktionsteuer werden könnte. • Die Emittentin und die mit ihr verbundenen Unternehmen könnten möglicherweise verpflichtet sein, gemäß den Regelungen über die Einhaltung der Steuervorschriften für Auslandskonten des US Hiring Incentives to Restore Employment Act 2010 (FATCA) Steuern in Höhe von 30 % auf alle oder einen Teil ihrer Zahlungen einzubehalten. Die Wertpapiere werden in globaler Form von Clearstream verwahrt, so dass ein Einbehalt auf Zahlungen an Clearstream unwahrscheinlich ist. FATCA könnte aber auf die nachfolgende Zahlungskette anzuwenden sein. Dementsprechend könnten die Anleger möglicherweise geringere Zinsen oder Kapitalbeträge als erwartet erhalten. • Die Emittentin und die mit ihr verbundenen Unternehmen könnten zudem möglicherweise verpflichtet sein, gemäß Abschnitt 871(m) des
--	--	---

		<p>US-Bundessteuergesetzes (Internal Revenue Code) Steuern in Höhe von bis zu 30 % auf alle oder einen Teil ihrer Zahlungen einzubehalten, wenn der für eine Emission von Wertpapieren verwendete Basiswert bzw. Bestandteil des Basiswerts jeweils Dividenden aus Quellen innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika beinhaltet.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es besteht ein Steuerrechtsänderungsrisiko, das sich negativ auf den Wert der Wertpapiere auswirken kann. Insbesondere kann nicht ausgeschlossen werden, dass die an Wertpapierinhaber zu zahlenden Beträge aufgrund von steuerrechtlichen Änderungen niedriger ausfallen können als vom Wertpapierinhaber erwartet. • Gegebenenfalls stehen Informationen in Bezug auf die Wertpapiere, die Emittentin oder die Garantin nur teilweise oder gar nicht in deutscher Sprache zur Verfügung. In diesem Fall können sich Anleger, die die Sprache, in welcher die Informationen abgefasst sind, nicht beherrschen, möglicherweise nicht ausreichend informieren, um eine fundierte Anlageentscheidung zu treffen.
		<p><u>Risikohinweis</u></p> <p>Sollten sich eines oder mehrere der obengenannten Risiken realisieren, könnte dies zu einem erheblichen Kursrückgang der Wertpapiere und im Extremfall zu einem Totalverlust des von den Wertpapierinhabern eingesetzten Kapitals führen.</p>

Abschnitt E – Angebot

Punkt	Beschreibung	Geforderte Angaben
E.2b	Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse	Im Rahmen des Angebots steht die Gewinnerzielung im Vordergrund. Die Emittentin wird den Nettoerlös der Emission in jedem Fall ausschließlich zur Absicherung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber den Wertpapierinhabern unter den Wertpapieren verwenden.
E.3	Angebotskonditionen	<p>Die Wertpapiere werden von BNP Paribas Arbitrage S.N.C., Paris, Frankreich ab dem 8. Juni 2020 interessierten Anlegern angeboten. Das öffentliche Angebot endet mit Ablauf der Gültigkeit des Prospekts bzw. des jeweils aktuellen Basisprospekts.</p> <p>Der Basisprospekt vom 25. Juni 2019 verliert am 29. Juni 2020 seine Gültigkeit. Ab diesem Zeitpunkt sind die Endgültigen Angebotsbedingungen für diejenigen Wertpapiere, deren Laufzeit bis zum 29. Juni 2020 nicht beendet worden ist, im Zusammenhang mit dem jeweils aktuellen Basisprospekt der BNP Paribas Emissions- und Handelsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, zu lesen, der dem Basisprospekt vom 25. Juni 2019 nachfolgt.</p> <p>Der anfängliche Ausgabepreis der Wertpapiere und das Gesamtvolumen ist:</p> <p>Es werden 30.000 (in Worten: dreißigtausend) Wertpapiere im Gesamtvolumen von EUR 3.000.000 (in Worten: Euro drei Millionen) angeboten. Die Emittentin behält sich eine Aufstockung des Emissionsvolumens vor.</p> <p>Der anfängliche Ausgabepreis der Wertpapiere beträgt EUR 100 (in Worten: Euro einhundert). Danach wird der Verkaufspreis von BNP Paribas Arbitrage S.N.C. fortlaufend festgesetzt.</p> <p>Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Emission der Wertpapiere ohne Angabe von Gründen nicht vorzunehmen.</p>

		Die Lieferung der Wertpapiere erfolgt zum Valutatag bzw. Emissionstermin.
E.4	Interessen von natürlichen oder juristischen Personen, die bei der Emission/dem Angebot beteiligt sind einschließlich Interessenkonflikten	<p>Die Anbieterin BNP Paribas Arbitrage S.N.C. kann sich von Zeit zu Zeit für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Kunden an Transaktionen beteiligen, die mit den Wertpapieren in Verbindung stehen. Ihre Interessen im Rahmen solcher Transaktionen können ihrem Interesse in der Funktion als Anbieterin widersprechen.</p> <p>BNP Paribas Arbitrage S.N.C. ist Gegenpartei (die "Gegenpartei") bei Deckungsgeschäften bezüglich der Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren. Daher können hieraus Interessenkonflikte resultieren zwischen BNP Paribas Arbitrage S.N.C. und den Anlegern hinsichtlich (i) ihrer Pflichten als Berechnungsstelle bei der Ermittlung der Kurse der Wertpapiere und anderen damit verbundenen Feststellungen und (ii) ihrer Funktion als Anbieterin und Gegenpartei.</p> <p>Zudem kann und wird BNP Paribas Arbitrage S.N.C. in Bezug auf die Wertpapiere eine andere Funktion als die der Anbieterin, Berechnungsstelle und Gegenpartei ausüben, z. B. als Zahl- und Verwaltungsstelle.</p>
E.7	Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden	<p>Entfällt.</p> <p>Der Anleger kann die Wertpapiere zum Ausgabepreis bzw. zum Verkaufspreis erwerben. Dem Anleger werden über den Ausgabepreis bzw. den Verkaufspreis hinaus keine weiteren Kosten durch die Emittentin oder Anbieterin in Rechnung gestellt; vorbehalten bleiben jedoch Kosten, die dem Erwerber im Rahmen des Erwerbs der Wertpapiere über Banken und Sparkassen oder sonstige Vertriebswege entstehen können und über die weder die Emittentin noch die Anbieterin eine Aussage treffen können.</p> <p>Zudem sind im Ausgabepreis bzw. Verkaufspreis die mit der Ausgabe und dem Vertrieb der Wertpapiere verbundenen Kosten der Emittentin oder Anbieterin (z. B. Vertriebskosten, Strukturierungskosten und Absicherungskosten, einschließlich einer Ertragsmarge für die Emittentin) enthalten.</p>